



# Gedenkstätten-Bundbrief

- 3 Holocaust-Gedenktage in den Mitgliedsstaaten der OSZE  
*Adina Dymczyk*
  
- 11 »Wie das zündelt... Stark – gegen Rechts«. Pilotprojekt in der Gedenkstätte Augustaschacht, Osnabrück  
*Harff-Peter Schönherr*
  
- 18 Vom Ort des Terrors zur Gedenkstätte. Zur Geschichte des Düsseldorfer Stadthauses  
*Bastian Fleermann, Frank Sparing und Astrid Wolters*
  
- 26 »Vergessene Vernichtung? Polnische und tschechische Angehörige der »Intelligenz« in den Konzentrationslagern Sachsenhausen und Ravensbrück zu Beginn des 2. Weltkrieges«  
*Agnes Ohm*
  
- 36 »Gedanken bleiben frei« – Tomi Ungerer-Ausstellung in der Gedenkstätte KZ Osthofen  
*Uwe Bader und Marco Hörnig*
  
- 38 Veranstaltungshinweise
  
- 45 Programm und Anmeldeformular  
54. bundesweites Gedenkstättenseminar  
»Zeitgeschichte und Erinnerung im Wandel. Perspektiven der Erinnerungskulturen 20 Jahre nach der deutschen Einheit«  
16.-19. September Schwerin

#### Literatur

Titelfoto: Straßenansicht des Gebäudes Mühlenstraße 29, Düsseldorf.  
Siehe hierzu auch den Beitrag von Bastian Fleermann, Frank Sparing und Astrid Wolters zur Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf.  
Foto: Stadtarchiv Düsseldorf/Sammlung Mahn- und Gedenkstätte

# Holocaust-Gedenktage in den Mitgliedsstaaten der OSZE

*Adina Dymczyk*

## **Entstehung der Gedenktage für Holocaust-Opfer**

Im Jahre 1996 wurde der 27. Januar in Deutschland von dem damals amtierenden Präsidenten Roman Herzog zum »Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus« erklärt. Seitdem wird am 27. Januar, dem Jahrestag der Befreiung des KZ und Vernichtungslagers Auschwitz durch die rote Armee 1945, in Deutschland an alle Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Anlässlich dessen werden offizielle Feierlichkeiten im Reichstagsgebäude begangen, dem Sitz des Deutschen Bundestages. An dieser Gedenkveranstaltung nehmen alle Verfassungsorgane teil und traditionellerweise werden eine Fülle von Institutionen und Gruppen zu dieser Veranstaltung eingeladen.

Neben dieser offiziellen Gedenkveranstaltung werden in vielfältiger Weise Gedenkfeiern an historischen Orten oder lokalen Plätzen realisiert. Diese Veranstaltungen sollen vor allem junge Menschen, Schulen oder lokale Gruppen erreichen und werden teilweise auch von diesen selbst organisiert. 1998 wurde unter Initiative des schwedischen Premierministers Göran Persson, des britischen Premierministers Tony Blair und des Präsidenten der USA Bill Clinton die »Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance and Research« (ITF) gegründet, dessen Mitgliedsstaaten sich verpflichteten, einen Holocaust Gedenktag einzuführen<sup>1</sup>.

Der 27. Januar etablierte sich in der Folge international als Gedenktag für die Opfer des Holocaust. Im Jahr 2005 wurde der 27. Januar von der UNO zum »Internationalen Gedenktag an die Opfer des Holocaust« erklärt. In welcher Form gedacht wird, welcher Opfer gedacht wird und welche Institutionen Gedenkveranstaltungen organisieren, ist von Land zu Land unterschiedlich. Längst nicht alle Staaten begehen den Gedenktag am 27. Januar. In einigen Staaten gibt es gar keinen offiziellen Tag zum Gedenken der Opfer des NS-Regimes, was allerdings nicht heißen muss, dass nicht vereinzelte Organisationen Veranstaltungen organisieren. Im Folgenden soll ein internationaler Überblick anhand einer Untersuchung gegeben werden, die vom Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE durchgeführt wurde.

## **Der ODIHR-Bericht**

Im Januar 2010 publizierte das Office of Democratic Institutions and Human Rights (ODIHR) der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) eine Übersicht in englischer Sprache, die veranschaulicht, wie die Mitgliedsstaaten der OSZE den 27. Januar begehen. Der Bericht trägt den Titel »Holocaust Memorial Day in the OSZE region. An overview of governmental practices«<sup>2</sup>.

Datenbasis dieser Veröffentlichung ist die Auswertung eines Fragebogens, der an die offiziellen Ansprechpartner in den Mitgliedsstaaten versandt wurde. Er besteht aus vier Hauptfragen.<sup>3</sup> Hervorzuheben sind erstens die Frage danach, wann der jeweils nationale Holocaustgedenktag stattfindet, wie er genannt und welcher Opfer in den einzelnen Staaten gedacht wird. Und zweitens die Frage nach den Institutionen, die sich an den Gedenkveranstaltungen beteiligten, sowie welche Aktivitäten neben offiziellen Veranstaltungen noch durchgeführt werden.

Auf die 56 verschickten Fragebögen erhielt ODIHR 30 Antworten zurückgesandt. Elf Staaten, die bereits an einer Umfrage 2007 teilgenommen hatten, schickten keine neue Informationen und so wurden alte Beschreibungen in diese Übersicht integriert.

Von einigen Staaten erhielt ODIHR keine Antwort: Albanien, Armenien, Zypern, Island, Kasachstan, Kirgisistan, Malta, Moldawien, Montenegro, San Marino, Tadschikistan, Türkei, Turkmenistan, Ukraine und Usbekistan. Die Staaten Andorra, Aserbaidschan und Georgien gaben an, keinen offiziellen Holocaust Gedenktag zu haben.

Quellenkritisch sei angemerkt, dass die Fragebögen von den jeweiligen Regierungsstellen der Mitgliedsstaaten unterschiedlich differenziert bearbeitet wurden.<sup>4</sup> In der Regel bleiben bei den kurzen Antworten Leerstellen vor allem hinsichtlich der inhaltlichen Umsetzung der Gedenktage und der Beteiligung der Zivilgesellschaft an deren Durchführung. Zudem gibt es keine Überprüfung, ob die Angaben den Tatsachen entsprechen.

### **Gedenkveranstaltungen am 27. Januar**

21 Staaten gaben an, am 27. Januar offizielle Gedenkveranstaltungen abzuhalten.<sup>5</sup> Dazu zählen Belgien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Kroatien, Lichtenstein, Luxemburg, Monaco, Norwegen, Schweden, Serbien, Slowenien, Spanien, Schweiz und die tschechische Republik.

Der Begriff Holocaust wird häufig für die Beschreibung des Gedenktags genutzt, zumeist jedoch nicht näher definiert. Aus den Beschreibungen ist jedoch zu entnehmen, dass er unterschiedlich interpretiert wird.

Griechenland, Italien, Lichtenstein, Norwegen, Portugal, Schweden, Serbien und Slowenien erklären explizit, der Opfer des Holocaust zu gedenken. In Irland wird ebenso aller Opfer des Nazi Holocaust gedacht. Finnland führte aus, jüdischen Opfern des Holocaust und anderen Opfern des 2. Weltkrieges zu gedenken. Estland gedenkt an diesem Tag der Opfer des Holocaust, wie auch anderen Opfern der Verbrechen gegen die Menschheit. In Deutschland wird allen Opfern des Nationalsozialismus gedacht. Belgien gab an, der Opfer des von Nazi-Deutschland durchgeführten Genozids zu gedenken. Spanien führte aus, an diesem Tag vor allem jüdischer Opfer zu gedenken, aber auch anderer Opfer, wie zum Beispiel Roma und spanischer Opfer, die zumeist als politische Gegner in Konzentrationslager deportiert wurden.

Trotz der meist sehr knappen Beschreibungen lässt die Betitelung des Holocaust Gedenktages gelegentlich auf weitere Eingrenzungen oder Hervorhebungen schließen. In Griechenland zum Beispiel nennt sich der Gedenktag »Tag des Gedenkens an die griechischen jüdischen Märtyrer und Helden des Holocaust«, was erkennen lässt, dass hier das Gedenken vor allem griechischer und jüdischer Opfer im Vordergrund steht.

Während in den bisher aufgelisteten Staaten der Holocaust (oder dazu Opfer von Verbrechen gegen die Menschheit) allein als Gegenstand der Erinnerung gilt, wird in einer Reihe von Staaten neben dem Holocaust auch an die Opfer anderer Genozide gedacht.

Die Prävention von Verbrechen gegen die Menschheit und Gedenken an die Opfer des Holocaust, teilweise auch Shoa genannt, wird in einigen Staaten zusammengebracht. Hierzu zählen Kroatien, Luxemburg, Monaco, Portugal, Schweiz, Spanien und die Tschechische Republik.

In Großbritannien wird aller Opfer des Holocaust, Opfer durch Nazi-Verfolgung, wie auch Betroffener anderer Völkermorde in Kambodscha, Ruanda, Bosnien und Darfur gedacht. Darüber hinaus soll die Veranstaltung die Überlebenden ehren und die Bevöl-

kerung aufrufen, sich gegen Verfolgung und Exklusion einzusetzen, wofür ein Lernen aus der Vergangenheit Grundlage sei.

In Dänemark gedenkt man an dem so genannten »Auschwitz Day« Opfer des Holocaust und anderer Genozide. Bemerkenswert ist die Erwähnung eines Zitats des ehemaligen dänischen Oberrabbiners Bent Melchior zur Bedeutung des Tages in dem Report: »Der Begriff Auschwitz erlangte universalen Sinn. Tatsächlich umfasst er alle Formen von Massenmord, ethnischen Säuberungen und allen anderen kollektiven Verbrechen gegen Menschen, deren einziges Vergehen war, in eine falsche Gruppe geboren oder Teil davon geworden zu sein. Unserer Ansicht nach schließt Auschwitz, ursprünglich ein europäisches Phänomen, Gewalttaten weltweit mit ein.«<sup>6</sup>

### **Organisation und Verantwortlichkeiten für die Gedenktage**

Meist werden die Veranstaltungen in den einzelnen Ländern von verschiedenen Ministerien organisiert oder finanziell unterstützt. Daneben gibt es viele lokale Veranstaltungen, die in der Regel von Nicht-Regierungsorganisationen (NGO), Vereinen, Museen, Universitäten oder lokalen Gruppen realisiert werden. In die Organisation der Gedenkveranstaltung sind häufig die Bildungsministerien involviert. Dies ist in Dänemark, Finnland (dort werden Initiativen von dem Bildungsministerium finanziell unterstützt, die Organisation übernimmt die Finnish Society for Yad Vashem), Kroatien, Griechenland, Luxemburg und Slowenien der Fall. Hierbei kooperiert das Bildungsministerium oftmals mit anderen Institutionen oder auch Schulen und lokalen Gruppen. In Dänemark bildeten sich innerhalb des Bildungsministeriums für die Organisation ein eigenes Komitee und ein Rat heraus, der sich aus Mitgliedern verschiedener NGO zusammensetzt. In Griechenland sind an der Organisation neben dem Bildungsministerium auch noch Präfekturen und Behörden unter der Anleitung des Innenministeriums, sowie viele andere Organisation beteiligt. Estland gibt an, dass sich verschiedene Ministerien und Behörden an der Realisierung beteiligten. In der tschechischen Republik ist das Kultusministerium Mitorganisator. Einzig in Belgien übernimmt das Verteidigungsministerium die Organisation.

Großbritannien, Irland, Lichtenstein, Monaco, Norwegen, Portugal, Serbien, Spanien, Schweden und die Schweiz nennen NGO als Organisatoren. In Großbritannien und Irland realisiert der »Holocaust Educational Trust« jedes Jahr verschiedene Gedenkveranstaltungen. In der Schweiz übernimmt diese Aufgabe das Institut für Zeitgeschichte. Auch in anderen Staaten sind Universitäten beteiligt, fast immer sind auch Schulen involviert. Den Schulen kommt die wichtige Aufgabe zu, die Erinnerungsarbeit in ihren Unterricht zu integrieren. In dem Bericht der Schweiz wurden die Zielsetzungen solcher Unterrichtsinhalte vorgestellt: Erinnerung an die Tragödie des Holocaust, die Erinnerung an Genozide der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts, und die Reflexion über Menschenrechte, Toleranz und Religion und interkulturellen Dialog.

In vielen Ländern werden neben den Veranstaltungen auch Wettbewerbe ausgeschrieben, davon berichteten zum Beispiel Italien und Norwegen. In Norwegen wird jährlich der »Benjamin – Preis« von dem Kulturminister ausgeschrieben. Dieser Preis ist nach einem fünfzehnjährigen Jungen benannt, der Opfer von Übergriffen von Neonazis wurde.

Manchmal kooperieren Ministerien und NGO auch mit den örtlichen jüdischen Gemeinden oder anderen jüdischen Organisationen. Davon berichteten Belgien, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Serbien, Slowenien und die Tschechische Republik.

## **Weitere nationale Gedenktage zur Erinnerung an Verbrechen während des 2. Weltkriegs**

In 12 Ländern bestehen Gedenktage, die historische Ereignisse im nationalen Kontext offiziell markieren.<sup>7</sup>

In Serbien wird neben dem 27. Januar, dem »Internationalen Gedenktag der Opfer des Holocaust«, am 22. April der »Nationale Gedenktag für Opfer des Holocaust und anderer Genozide« begangen. Weitere vier Gedenktage erinnern an den 22. Januar, den 14. und den 21. Oktober, an denen im Jahr 1941 Pogrome in Novi Sad, Kraljevo und Kragujevac durchgeführt wurden. Eine jährliche Gedenkveranstaltung findet in Jajinci statt, die an die Ermordung von 80 000 Menschen während des 2. Weltkrieges erinnert.

In Bulgarien wird der 10. März zum »Tag der Rettung der Bulgarischen Juden und zum Gedenken der Opfer des Holocaust und anderer Verbrechen gegen die Menschheit« erklärt. Dieser Tag erinnert an die Verhinderung einer Deportation von 50 000 Juden. Im Jahr 1943 schafften es der Abgeordnete der Nationalversammlung, Dimar Peshev, der Erzbischof Stephan von Sophia und der Erzbischof Cyril von Plodiv zusammen mit einigen weiteren prominenten Persönlichkeiten und mit der Unterstützung der Bevölkerung, die geplante Deportation zu verhindern. Gedenkveranstaltungen finden landesweit statt, meist werden diese von staatlichen und lokalen öffentlichen Institutionen organisiert. Auch die bulgarisch-jüdische Organisation Shalom, die landesweit über Dependenzen verfügt, ist in die Erinnerungsveranstaltungen integriert.

In Kanada und in den USA finden, neben offiziellen Veranstaltungen, zahlreiche dezentrale Gedenkveranstaltungen jeweils zum Jahrestag des Beginns des Aufstandes im Warschauer Getto statt. Der Tag wird als »Holocaust Memorial Day – Yom Hashoah« bezeichnet und der Veranstaltungstermin verschiebt sich von Jahr zu Jahr leicht und orientiert sich am jüdischen Kalender. Im Jahr 2009 wurde der Gedenktag am 21. April begangen. In den USA ist das United States Holocaust Memorial Museum an der Organisation der offiziellen Feierlichkeiten des Gedenktags »Days of Remembrance« maßgeblich beteiligt. Zusätzlich zum Yom Hashoah wird auch der 27. Januar als »Internationaler Holocaust Gedenktag« begangen.

In Kanada werden auch an anderen Tagen Gedenkveranstaltungen abgehalten, wie zum Beispiel am 17. Januar (»Paul Wallenberg Tag«), aber auch am 27. Januar. An der Organisation beteiligen sich staatliche Stellen, Universitäten und NGO.

In Ungarn wird am 16. April, dem Tag an dem das erste Getto in Ungarn (Munkács) 1944 errichtet wurde, erinnert. Das »Holocaust Memorial Center« organisiert offizielle Gedenkveranstaltungen, an denen der Präsident der Nationalversammlung und andere hohe Würdenträger teilnehmen. Das Ministerium für Bildung und Kultur fordert Schulen in einem jährlichen Brief auf, an diesem Tag zu gedenken.

In Polen finden am 19. April, dem Jahrestag des Beginns des Aufstands im Warschauer Getto 1943, Gedenkzeremonien statt. Der Tag nennt sich »Gedenktag für die Opfer des Holocaust« und Teilnehmer sind neben der Regierung und lokalen Behörden eine Vielzahl von NGO. Manchmal sind lokale Kirchengemeinden in die Gedenkveranstaltung mit einbezogen. Jeden 27. Januar wird im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau eine offizielle Gedenkveranstaltung abgehalten, an denen Politiker und Regierungsvertreter teilnehmen.

In den Niederlanden wird am 4. Mai, dem Abend vor dem Jahrestag der Befreiung durch die Alliierten, aller Bürger und Soldaten gedacht, die im Königreich Niederlande oder anderswo seit dem Ausbruch des 2. Weltkrieges starben. In das Gedenken einge-

geschlossen sind die Opfer des Holocaust. Veranstaltungen am 27. Januar werden vom Internationalen Auschwitz Komitee organisiert.

In Österreich wird am 5. Mai der Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen gedacht. Dieser Tag nennt sich »Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus«. Neben diesem offiziellen Gedenktag werden auch Veranstaltungen am 27. Januar und am 9. November abgehalten. Das Ministerium für Bildung, Kunst und Kultur kooperiert hierbei mit lokalen Gruppen, die Gedenkveranstaltungen organisieren.

In Lettland wird am 4. Juli den jüdischen Opfern des Genozids gedacht. Der Tag erinnert an den Synagogenbrand in der Rigaer Gogola Straße im Jahr 1941. Teilnehmer der Veranstaltung sind Vertreter der Regierung, wie auch viele andere Organisationen und Museen, darunter das »Museum und Dokumentationszentrum Juden in Lettland«, und die Jüdische Gemeinde von Lettland.

In Frankreich wird am 16. Juli der »Nationale Gedenktag rassistischer und antisemitischer Verfolgung« begangen. Dieser Tag markiert die Zusammentreibung von Juden in das Vélodrome d'Hiver 1942. Die Gedenkveranstaltung wird von der Abteilung für Angelegenheiten der Veteranen organisiert, eine staatliche Einrichtung, die an das Verteidigungsministerium gekoppelt ist.

In der Slowakei wird am 9. September der »Gedenktag für die Opfer des Holocaust und rassistischer Gewalt« begangen. Die Regierung wählte diesen Tag aus, um an die Verabschiedung von 290 repressiven Gesetzen (»Jewish Codex«) im Jahr 1941 durch die Regierung der Slowakei, die letztendlich zu der Deportation von 70 000 slowakischen Juden führten, zu erinnern. Involviert in diese Veranstaltung ist neben der Regierung das Ministerium für Kultur und das National Museum, sowie das Museum für jüdische Kultur in Bratislava.

In Litauen wird der »Nationale Gedenktag für den Genozid der Litauischen Juden« am 23. September durchgeführt. An diesem Tag wurde 1943 das Getto von Vilnius aufgelöst. Die Gedenkveranstaltung wird von NGO, Schulen und lokalen Gemeinden organisiert.

In Rumänien wird am 9. Oktober der »Gedenktag für den Holocaust in Rumänien« begangen. An diesem Tag begannen die rumänischen Truppen mit der Deportation von Juden. Das Bildungsministerium organisiert an diesem Tag Treffen zwischen Schulkindern und Überlebenden. Das Elie Wiesel Institut für Holocauststudien in Rumänien organisiert internationale Konferenzen, Seminare und Ausstellungen. Die Föderation Jüdischer Gemeinden in Rumänien hält eine religiöse Kranzniederlegung an dem Holocaust Denkmal in Bukarest ab.

Weißrussland, Bosnien-Herzegowina, der Vatikan, die ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien und die Russische Föderation haben zwar keinen offiziellen Holocaust Gedenktag, Gedenkveranstaltungen werden aber trotzdem von einzelnen Organisatoren realisiert.

In Weißrussland fanden im Jahre 2008 Veranstaltungen statt, die anlässlich des 65. Jahrestags der Auflösung des Gettos in Minsk, an die Opfer erinnerten. Das Museum des Vaterländischen Krieges Minsk organisierte eine Ausstellung mit dem Titel. »Krieg. Holocaust. Erinnerung ohne Grenzen.«

In Bosnien-Herzegowina fanden im Jahr 2007 Gedenkveranstaltungen am 27. Januar statt. Diese wurden in Kooperation mit dem Forschungsinstitut für Verbrechen gegen die Menschheit und gegen internationales Recht<sup>8</sup>, der Fakultät für Rechtswissenschaften und der jüdischen Gemeinde von Bosnien-Herzegowina organisiert.

In der ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien werden Gedenkveranstaltungen am 10. und 11. März abgehalten. Dies sind lokale Veranstaltungen in Skopje, in der der Bürgermeister von Skopje sich mit einem Vertreter der Jüdischen Gemeinden trifft.

In Moskau und etwa 30 anderen Städten der Russischen Föderation werden am 27. Januar Gedenkveranstaltungen begangen. Von Zeit zu Zeit wird auch am 9. November der »Reichspogromnacht« gedacht, der Pogrome in Deutschland im November 1938. Im Jahr 1995 organisierte das »Russian Holocaust Center« in Kooperation mit der Stadtregierung von Moskau den »Tag der Befreiung von dem Nazi-Konzentrationslager in Auschwitz«.

Die von der OSZE zusammengetragene Übersicht könnte in einem zweiten Schritt in vieler Hinsicht konkretisiert werden. Welcher Opfergruppen in den einzelnen Ländern gedacht wird, ist oftmals nur sehr knapp ausgeführt. Ein Vergleich der Organisationsträger ist meistens schwierig, da diese oftmals wechseln oder auch unterschiedlich ausführlich ausgeführt werden. Während bei manchen Staaten Ministerien für Bildung, Kultur genau angegeben wurden, bleibt es bei anderen Staaten wiederum bei allgemeinen Angaben. Auf jeden Fall bietet die vorliegende Studie einen guten internationalen Überblick, wie sich die Erinnerung an die Ermordung der Juden im deutschen Besatzungs- und Einflussbereich während des Zweiten Weltkriegs in einem Zeitraum von etwas über einem Jahrzehnt zu einem weithin von offiziellen staatlichen Stellen getragenen Akt ausgeweitet hat. Zugleich macht sie deutlich, dass neben der Rezeption des Holocaust im zwischenstaatlichen Dialog nationale Besonderheiten in großem Umfang vorhanden sind. Dies betrifft die genaue Definition, welcher Gruppen an dem Gedenktag gedacht wird ebenso, wie die Nutzung anderer nationaler Tage für dieses Gedenken und die Einbeziehung von Gruppen, die Opfer staatlicher Gewalt in sehr unterschiedlichen Zusammenhängen wurden.

Die Studie verdeutlicht, wie groß die nationalen Unterschiede in der Erinnerung an die während der NS-Zeit begangenen Verbrechen sind – wobei die Ermordung der europäischen Judenheit im Zentrum steht. Der erste Schritt zu einem internationalen Dialog ist, die unterschiedlichen Narrative zu verstehen und anzuerkennen. Danach können Stärken, aber auch Mythen und Verdrängungen im nationalstaatlichen Kontext diskutiert werden.

**Adina Dymczyk**, Studentin der Philosophie und Geschichte an der Freien Universität Berlin, hat diesen Beitrag im Rahmen eines Praktikums in der Stiftung Topographie des Terrors erarbeitet.

- 1 Zur Geschichte und Wirkung der Task Force siehe: Jens Kroh: Transnationale Erinnerung. Der Holocaust im Focus geschichtspolitischer Initiativen; Frankfurt/Main 2007.
- 2 Der gesamte Text ist im Internet zu finden: OSCE/ODHIR: Holocaust Memorial Days in the OSCE region. An overview of governmental practices; [www.osce.org/documents/odihir/2010/01/42482\\_en.pdf](http://www.osce.org/documents/odihir/2010/01/42482_en.pdf)
- 3 Die vier Fragen sind am Ende des Berichts aufgelistet: OSCE/ODHIR ebd., Annex 2: Questionnaire, S. 96 f; [www.osce.org/documents/odihir/2010/01/42482\\_en.pdf](http://www.osce.org/documents/odihir/2010/01/42482_en.pdf)
- 4 Gerade für Deutschland fällt auf, dass die kurzen Angaben, zusammengefasst auf einer dreiviertel Seite, Umfang und Vielfältigkeit der Gedenkveranstaltungen im Zusammenhang mit dem Gedenktag am 27. Januar in keiner Weise ausreichend widerspiegeln.
- 5 Siehe Tabelle 1
- 6 OSCE/ODHIR ebd., S. 29. Übersetzung Adina Dymczyk.
- 7 Siehe Tabelle 2.
- 8 University of Sarajevo's Institute for Research of Crimes against Humanity and International Law.



Datum	Bezug	Titel	Land
27. Januar	Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau (1945)		Belgien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Kroatien, Lichtenstein, Luxemburg, Monaco, Norwegen, Portugal, Serbien, Slowenien, Spanien, Schweden, Schweiz, Tschechische Republik
10. März	Verhinderung der Deportation von 50 000 bulgarischen Bürgern in die Nazi-Konzentrationslager (1943)	»Tag der Rettung der bulgarischen Juden und der Opfer des Holocaust und Opfer anderer Verbrechen gegen die Menschheit«	Bulgarien
April <sup>1</sup>	Yom Hashoah – Beginn des Aufstands im Warschauer Getto (1943)	»Holocaust Gedenktag – Yom Hashoah«, »Tage des Gedenkens«	Kanada, USA
17. April	Errichtung des ersten Gettos in Ungarn in Munkács (1944)	Keine Angabe	Ungarn
19. April	Beginn des Aufstands im Warschauer Getto (1943)	»Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust«	Polen
4. Mai	Der Tag vor der Befreiung	Keine Angabe	Niederlande
5. Mai	Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen (1945)	»Nationaler Tag des Gedenkens gegen Gewalt und Rassismus in Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus«	Österreich
4. Juli	Synagogenbrand in der Gogola Straße in Riga (1941)	Keine Angabe	Lettland
16. Juli	Zusammentreibung von Juden in das Vélodrome d'Hiver in Paris am 16. und 17. Juli 1942	»Tag zum Gedenken an rassistische und antisemitische Verfolgung unter dem so genannten ‚Gouvernement der Französischen Regierung«	Frankreich
9. September	Verabschiedung von 290 repressiven Gesetzen, auch genannt »jüdischer Kodex« (1941)	»Gedenktag für die Opfer des Holocaust und von rassistischer Gewalt«	Slowakei
23. September	Schließung des Gettos in Vilnius (1943)	»Nationaler Gedenktag für den Genozid an den litauischen Juden«	Litauen
9. Oktober	Beginn der Deportationen von Juden aus Bessarabia, Bucovina und Süd-Bucovina	»Gedenktag für den Holocaust in Rumänien«	Rumänien

1 Nach dem jüdischen Kalender

Land	27. Januar – Titel des Gedenktags	Beschreibung des Gedenkens
Belgien	»Gedenktag für den von Nazi-Deutschland verübten Genozid«	Opfer des von Nazi-Deutschland verübten Genozids
Dänemark	»Auschwitz Tag«	Opfer des Holocaust und anderer Genozide
Deutschland	»Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus«	Opfer des Nationalsozialismus
Estland	»Tag des Holocaust«	Opfer des Holocaust und anderer Verbrechen gegen die Menschheit
Finnland	»Tag des Gedenkens für die Opfer des Holocaust«	Jüdische Opfer des Holocaust und andere Opfer von Verfolgung während des 2. Weltkrieges
Griechenland	»Gedenktag für die griechischen jüdischen Märtyrer und Helden des Holocaust«	Jüdische Opfer in Griechenland
Großbritannien	»Holocaust Gedenktag«	Opfer des Holocaust, Opfer von Nazi-Verfolgung und Opfer der Genozide in Kambodscha, Ruanda, Bosnien und Darfur
Irland	Keine Angabe	Alle Opfer des Nazi Holocaust
Italien	»Tag des Gedenkens«	Opfer des Holocaust
Kroatien	»Tag des Gedenkens für den Holocaust und für die Prävention von Verbrechen gegen die Menschheit«	Prävention von Verbrechen gegen die Menschheit und Holocaust- Bildung
Lichtenstein	Keine Angabe	Opfer des Holocaust
Luxemburg	»Tag des Gedenkens für den Holocaust und für die Prävention von Verbrechen gegen die Menschheit«	Prävention von Verbrechen gegen die Menschheit und Gedenken an die Opfer des Holocaust
Monaco	»Tag des Gedenkens an die Shoah und für die Prävention von Verbrechen gegen die Menschheit«	Prävention von Verbrechen gegen die Menschheit und Gedenken an die Shoah
Norwegen	Keine Angabe	Opfer des Holocaust
Portugal	»Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust und Verbrechen gegen die Menschheit«	Opfer des Holocaust und Verbrechen gegen die Menschheit
Schweden	»Holocaust Gedenktag«	Opfer des Holocaust
Schweiz	»Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust und für die Prävention von Verbrechen gegen die Menschheit«	Prävention von Verbrechen gegen die Menschheit und Gedenken an die Opfer des Holocaust
Serbien	»Internationaler Gedentag für die Opfer des Holocaust«	Opfer des Holocaust
Slowenien	»Nationaler Holocaust Gedenktag«	Opfer des Holocaust
Spanien	»Tag zum Gedenken des Holocaust und für die Prävention von Verbrechen gegen die Menschheit«	Jüdische Opfer, und auch andere Opfer wie zum Beispiel Roma und spanische Opfer, die in Konzentrationlager deportiert wurden
Tschechische Republik	»Gedenktag für die Opfer des Holocaust und der Prävention von Verbrechen gegen die Menschheit«	Prävention von Verbrechen gegen die Menschheit und Gedenken an die Opfer des Holocaust

Sofern nicht anders angegeben, wurden die Informationen über das Gedenken dem Titel entnommen.

# »Wie das zündelt... Stark – Gegen rechts«

PILOTPROJEKT IN DER GEDENKSTÄTTE AUGUSTASCHACHT,  
OSNABRÜCK

*Harff-Peter Schönherr*

Die theaterpädagogische werkstatt Osnabrück zeigt mit einem Workshop-Tag für 60 Osnabrücker Auszubildende, wie sich ihre Präventionsarbeit auf einzelne Gedenkstätten zuschneiden lässt.

Es ist kalt es an diesem Morgen. Die Mauern der alten Erzbergswerks-Pumpstation sind dunkel von rinnendem Regen. Böen jagen durch die Bäume. Ein düsterer Ort.

Es ist der Morgen des 15. September 2009. Gedenkstätte Augustaschacht, Hasbergen-Ohrbeck. 60 Auszubildende des Osnabrücker Hauptsitzes der KME Germany AG & Co. KG stehen am Fuß des Gleises der Hüttenbahn, über die einst Güterzüge ins Stahlwerk nach Georgsmarienhütte rollten – sie tun es bis heute. 1944, als das Stahlwerk noch Klöckner hieß, waren Männer seines Werkschutzes unter den Bewachern dieses Ortes. Klöckner war einer der Profiteure des Gestapo-Arbeitserziehungslagers Ohrbeck. Wie auch die Osnabrücker Kupfer- und Drahtwerke – die heute KME Germany AG & Co. KG heißen.

Als sie aus dem Bus steigen, Lunchpakete aus der Werkskantine in den Händen, wissen die 60 KMEler nicht, was auf sie zukommt. Sie wissen, es geht um die Zeit des Nationalsozialismus. Sie wissen, es geht um die Neorechten, die immer gezielter gerade Jugendliche agitieren, rekrutieren, manipulieren. Sie wissen, es geht um ein Theaterstück, um eine Führung, um ein Zeitzeugengespräch, um einen theaterpädagogischen Workshop, um eine Ausstellung zu rechten Jugendkulturen, um Prävention. Aber auf die Bilder, die sie hier sehen, auf die Geschichten, die sie hier hören, sind sie nicht vorbereitet. Niemand kann vorbereitet sein auf solche Bilder, solche Geschichten. Einen ganzen Tag lang werden sie hier verbringen. Und am Ende werden sie wissen: Dieser Ort ist nicht nur ein Ort der Fassungslosigkeit, der Trauer, nicht nur ein Mahnmal, gewidmet dem Erinnern. Er ist ein Ort des Forschens, des Lernens, der Zusammenarbeit, der Begegnung. Ein Ort, der stärkt. Ein Ort, der Mut macht, der fordert – Courage.

Es ist kalt es an diesem Morgen, es ist stürmisch, es regnet in Strömen. Die 60 KMEler stehen auf dem ehemaligen Appellplatz des Lagers. Sie hören zu. Sie schweigen. Gedenkstättenleiter Dr. Michael Gander schont sie nicht. Sie sind alt genug, um nicht mehr geschont zu werden. Er erzählt von den Opfern und von den Tätern, plastisch, klar, Einzelheit auf Einzelheit, gibt ihnen Gesichter, gibt ihnen Stimmen. Er erzählt von der Zwangsarbeit und von denen, die an ihr verdienten, viel Geld verdienten. Er erzählt von Menschen, die wegsahen. Er erzählt von Menschen, die den Insassen halfen, obwohl es verboten war. Er erzählt die Geschichte dieses Ortes. Ruhig und sachlich tut er das. Eindringlich, aber ohne äußere Dramatik. Der Ort, an dem er es tut, liefert Dramatik genug – ausgetretene Treppen, enge Kammern, Waschstellen, Düsternis, Waffenrelikte. Man merkt: Es arbeitet in den Köpfen der Zuhörer. Ein Mädchen schaut weg. Ein Junge in Urban-Tarn gibt seine Coolness auf, Stirnrunzeln weicht Nachdenklichkeit.

Michael Gander spricht, fragt nach, reagiert auf Reaktionen. Schnell geht das nicht. Nichts wirklich Wichtiges geht schnell. Zu verstehen, was hier geschah, braucht es Zeit. Er zählt die Nationen auf, aus denen die Insassen kamen. Niederlande, Russland, Polen – 17 waren es insgesamt. Erzählt vom Bombentrümmerräumen, zu dem sie kommandiert wurden – was lebensgefährlich war, denn oft wurden sie von erneuten Angriffen der Alliierten überrascht und in die Schutzräume duften sie nicht. Gander schildert die Zählappelle, den Sadismus der Aufseher, die Entkräftung, den Willen zum Überleben.

Und dann der Cut. Erst ein Zeitzeugengespräch, mit Danka Stankowska, die eindrücklich schildert, was damals ihre Eltern in Osnabrück erlebt haben. Und dann von der Vergangenheit in die Gegenwart. »Krampf. rechts-radical – chic sie weg!« beginnt, das Stück der Osnabrücker theaterpädagogischen werkstatt. Jens Pallas hat es geschrieben, viele Jahre Leiter des Kinder- und Jugendtheaters der Städtischen Bühnen Osnabrück. Es passt gut ins Repertoire der theaterpädagogischen werkstatt – 120 Mitarbeiter stark, ist sie bundesweit und im deutschsprachigen Ausland mit interaktiven Präventionsprogrammen unterwegs – zu Themen wie Sexueller Missbrauch, Sucht, Gewalt.

Es beginnt mit einem Werber der Rechten. »Wem gehört dies Land?« fragt der. Und agitiert die 60 KMEler weiter: »Doch wohl euch und uns! Seht ihr..., wenn ihr noch mehr wissen wollt... – hier auf dem Zettel steht der Termin für unseren nächsten Treffpunkt. Kommt einfach mal vorbei. Es gibt auch was zu essen, zu trinken und so. Musik gibt's auch. Gibt's alles umsonst. Ihr seid ja unsere Gäste...«

Die 60 KMEler wissen erst nicht so recht. Sind sie jetzt nur Zuschauer, oder wird was anderes von ihnen erwartet? Produktive Verstörung. Nein, sie sind nicht nur Zuschauer. Es wird was anderes von ihnen erwartet. Meinung, Haltung, Nachdenken. Der Werber macht weiter: »Dann lernt ihr auch noch'n paar andere dufte Leute kennen, so in eurem Alter, aber auch ältere, die können euch dann noch'n bisschen mehr erzählen, so über Geschichte, deutsche Geschichte, und was darüber so gelogen wird. Na ja, und spannende Kriegsabenteuer, wo eure Großväter und Väter in den allen bekannten 12 Jahren so waren, wie tapfer sie waren, was damals unsere Soldaten alles in der Welt erlebt haben, na ja, und so. Alles umsonst. Also überlegt nicht lange. Kommt einfach vorbei. Habt Spaß! N' bisschen Action gibt's auch ab und zu...«

Und Action gibt es dann auch im Stück. Reichlich Action. Da ist ein Junge, schon ziemlich groß, aber noch bei den Eltern. Wir sehen ihn zuhause, in der Schule, auf dem Bolzplatz, auf dem Weg dorthin, in seiner Freizeit, allein, isoliert, seinen Ängsten überlassen. Oft ratlos, was er denken und fühlen soll, hat er nur ein Ziel: irgendwo dazuzugehören. Er ist unsicher, manchmal ohnmächtig. Die Erwachsenen, konformistische Heuchler, geben ihm keinen Halt. Also wendet er sich den einzigen zu, denen er etwas wert ist – den Rechten. Die Familie – egal. Alkohol, Spaß, rechte Musik, Draufhauen – und sich endlich überlegen fühlen. Aber dann ist da ein Mädchen, Vater aus Ankara, Mutter aus Köln. In das verliebt er sich, obwohl sie »anders« ist und obwohl er weiß, was die Rechten mit ihm und mit ihr tun, wenn sie dahinter kommen, dass er eine »Türkenbraut« kennt. Und nun? Der Junge zögert, zweifelt. Will niemanden verlieren. Macht beim Überfall auf ein Asylantenheim mit. Doch... was ist mit seiner Liebe? Er muss sich entscheiden. Sich gegen die Gruppe zu entscheiden, scheint unmöglich. Mitgegangen – mitgefangen. Sein innerer Kampf ist auch sein äußerer Kampf. Er revoltiert. Was tun? Wie stark ist er wirklich? Nun richtet sich die Gewalt gegen ihn selbst. Und nun... Am Ende lehnt er sich an der Seite seiner Freundin gegen die Rechten auf.



Besichtigung  
der Gedenkstätte  
Augustaschacht



»Fackeln wir's eben  
ohne Kanacken ab«:  
Szenefoto aus  
»Krampf. rechts-  
radical – chic sie weg!«



Evaluationsgespräch.  
Alle Abbildungen:  
Harff-Peter Schönherr

Hämmernde Songs aus dem Ghetto-Blaster, zynische Handgreiflichkeiten, schonungslose Dialoge – »Krampf« klärt Jugendliche direkt und tabulos über die Methoden der Rechten auf, über Rassismus, Diskriminierung, über die Leugnung historischer Fakten – motiviert sie, nachzudenken, hinzuschauen, sich eine eigene Meinung zu bilden, Verantwortung zu übernehmen, einzugreifen. Reinhard Gesse, Management theaterpädagogische werkstatt: »Keine Nation ist mehr wert als eine andere. Und niemand hat und hatte je das Recht, Menschen zu diskriminieren. Wenn die Jugendlichen das im Kopf behalten, ist viel erreicht.«

»Krampf. rechts-radical – chic sie weg!« ist minimalistisch. Ein paar Stühle, ein paar Requisiten, ein paar Kleiderhaken. Eines der wichtigsten Instrumente: Die Schauspieler treten aus ihren Rollen heraus. Gerade noch war einer von ihnen ein Rechter, da wendet er sich plötzlich ans Publikum: »Halt – Stop! Wer sagt: Halt – Stop?« Halt? Stop? Die 60 KMEler verstehen. Sie sind nicht nur Konsumenten. Sie sind ganz persönlich gefragt, jeder einzelne von ihnen.

Dann wieder ein Cut. Theaterstück unterbrochen. Und eine Diskussion mit den vier Darstellern beginnt, in vier Gruppen, verteilt in der Gedenkstätte. Klappstühle werden hin- und hergetragen, je 15 KMEler rücken in den teils klaustrophobisch engen Räumen zusammen – eine Enge, die viel Nähe freisetzt – und Energie. Und spätestens jetzt steht fest: Eine Gedenkstätte verträgt nicht nur getragene Betroffenheit. Lachen brandet auf, bald hier, bald dort. Befreiendes Lachen. Gedankenbefreiendes Lachen.

So befreiend, wie die positive Offenheit von Danka Stankowska. 1944 in Osnabrück geboren, erzählt die Amerikanerin den KMElern von ihren Eltern, was sie als polnische Zwangsarbeiterin in Osnabrück erlebt haben. Das ist beklemmend, gewiß – die 60, die ihr zuhören, haben das erwartet. Doch das ist es nicht nur: Danka Stankowska spricht nicht nur über Härten, sondern vor allem über Hoffnung, über Menschlichkeit. Und das haben viele dann nicht erwartet. Solch schlimme Erinnerungen und dann ein solch offener Mensch, so ganz ohne Hass? Wieder arbeitet es in den Köpfen. Michael Gander moderiert das Gespräch, dolmetscht. Scheue Fragen aus dem Publikum. Lebendige Antworten von Danka Stankowska. Sie weiß: Geschichte eröffnet sich über Geschichten.

Irgendwann ist dann Pause. Die Lunchpakete kommen raus. Und spätestens jetzt steht fest: auch »Krampf« entkrampft. Das Feedback? »Cool!«, sagt der Junge in Urban-Tarn, und man sieht ihm an, dass da gleich noch mehr kommt. »Also...«, fängt er dann an, »ich war auch mal in so 'ner rechten Gruppe. War schon krass, was da abging. Gottlob bin ich da rechtzeitig rausgekommen. Ich hab jetzt auch ausländische Freunde und so. Klar, ist normal. Aber Kumpels von mir, die haben's nicht so gut geschafft.« Neben ihm steht ein Kollege. Nickt. »Ich hatte mal einen Kumpel«, erzählt er dann, »mit dem bin ich oft ins Schwimmbad gefahren. Der hatte dann immer so ein kleines Pflaster am Fuß kleben. Die ersten Male ist mir das nicht so aufgefallen, aber dann schon. Also hab ich ihn gefragt, was da drunter ist. Da hat er gesagt: Okay, ich zeig's dir, aber sag's keinem. Der hatte sich da so eine 88 reintätowieren lassen, als er 13 war. 88! Heil Hitler! SS! Totaler Scheiß. Und jetzt wusste er nicht, was er damit machen sollte.«

Nach der Pause geht das Stück weiter. Jens Pallas hat es übrigens für diesen Tag eigens auf die Gedenkstätte Augustaschacht zugeschnitten: »Ich habe den Text durch ein Modul erweitert, das die Handlung auf sie bezieht. Wir setzen »Krampf« ja sonst an Schulen ein...« Ein Modul, das im Prinzip auch auf jede andere NS-Gedenkstätte zugeschnitten werden könnte. Und genau darum geht es ja hier. Der Tag ist ein Pilotprojekt.

Neuland für die theaterpädagogische werkstatt. Neuland für die Gedenkstätte. Ein Test, an den sich eine Evaluation anschließt. Über zweieinhalb Millionen Menschen hat die theaterpädagogische werkstatt in den 15 Jahren ihres Bestehens schon erreicht. So aber noch nie – und an einem solchen Ort. Gesse, mit Blick auf die beklemmende Szenerie: »Eine Herausforderung! Aber eine ideale Symbiose!« Angelo Micaela-Enghausen, einer der Darsteller, angespannt: »Ist schon ein komisches Gefühl, an einem Ort wie diesem ein solches Stück zu spielen. Mit Reichkriegsflagge, Faschoparolen. Andererseits kommt hier eine unglaubliche Kraft rüber – irre. Ich merk richtig, wie mich das antreibt. Das ist schon ein ziemlicher Kick. Aber lange aushalten tu ich's hier nicht, denk ich. Ziemlich heftige Energien.«

Ein didaktisches Paket, das auf die jeweilige Gedenkstätte Bezug nimmt und deren Betreiber nicht nur als Auftraggeber sieht sondern als Mitgestalter? Auch Michael Gander hält die Symbiose für gelungen: »Wer sich bewusst macht, was damals war, wird alles daran setzen, zu verhindern, dass es wieder geschieht. Aber zu wissen, was damals war, reicht für die Bekämpfung der neuen Rechten allein nicht aus.«

Deshalb hat er auch die Ausstellung »Rechte Jugendkulturen« der Arbeitsstelle Rechtsradikalismus und Gewalt (ARUG), Braunschweig, dazugeholt. Sie gibt einen Überblick über Organisationsformen, Szenen, Medien, Lebensstil, Alltagskultur, Musik, Mode und Symbolik der rechten Jugendkultur Deutschlands.

»Krampf« wird nach der Pause übrigens erst so richtig hart. So hart, dass es erkennbar an die Grenzen vieler geht, die gerade noch ihr Lunchpaket nach Süßigkeiten durchsucht haben. Und als das Stück zu Ende ist, ist es lange still. Dann zaghaft erster Applaus. Darf man an einem Ort wie diesem applaudieren? Nach einem Stück wie diesem? Man darf. Aber auch die vier Schauspieler stehen, als hätten sie Zweifel.

A: Wo sind denn die Kanacken?

B: Scheiße ... , keiner da..., wohl schon abgehauen.

C: Ist doch öde.

A: Alles leer.

B: Fackeln wir's eben ohne Kanacken ab.

C: Hast recht ... , dann ist hier eben ein für alle mal Kante. Die müssen dann schon selber ihre Zelte mitbringen.

A: Die brennen auch besser.

B: Schade.

C: Los ... , ohne ist auch nicht schlecht.

A: Geil... wie das zündelt.

B: Mit den Zecken drinnen, würd's noch besser brennen.

C: Und wie die schreien würden, ... weil's ihre dunklen Ärsche abfackelt, Kohle ..., Kohle ...

Auftritt für drei Theaterpädagoginnen. Ein Workshop beginnt, in drei Gruppen, auch er auf die Historie des Orts zugeschnitten. Er wird die Anspannung lösen und in eine Plenumsdiskussion münden. Sein Ziel: Vertiefung der Sensibilisierung. Für die Gefahren, die von der Neo-Rechten ausgehen – unter Einbeziehung der Wurzeln dieser Neo-Rechten in der NS-Vergangenheit. Der Blick in die Vergangenheit und der Kampf gegen die neue Rechte bilden somit gedanklich eine Einheit. Ein idealer Synergieeffekt:

Theoretischer Überbau, schauspielerische Selbsterprobung, sprechende Atmosphäre durch suggestive Verortung. Die Gedenkstätte ist in die Workshoparbeit eingebunden – nicht zuletzt durch geschichtswissenschaftlichen Input.

**Schirmherr von »Krampf«** ist übrigens **Matthias Sammer**, Sportdirektor des DFB: »Wenn es etwas gibt, das ich wirklich schlimm finde, dann ist es diese rechte Verblendung. Diese rassistische, extremistische Hetze. Erschreckend, dass es immer wieder Leute gibt, die dafür empfänglich sind! Gerade junge Leute, die offenbar keinen anderen Weg sehen aus ihrem Frust, ihrer Perspektivlosigkeit, aus unserer sozialen Kälte. Desto wichtiger ist es, Gegenkonzepte zu entwickeln. Überall in der Gesellschaft.«

Teil des Gegenkonzepts »Krampf« ist eine Evaluation. Hans-Herrmann Lücke, Ausbildungsleiter der KME Germany, sichtlich stolz auf seine 60er-Gruppe, ist sich jedoch schon vorab sicher: »Sehr, sehr produktiv. Das hat wirklich was freigesetzt.« Sein Engagement zeigt: KME ist eine der Firmen, die sich ihrer Vergangenheit stellt. Und die gesellschaftliche Verantwortung übernimmt. Ein wichtiges Zeichen, nicht nur in die Belegschaft hinein.

Am 4. Februar 2010 ist es soweit. Das Evaluationsteam der theaterpädagogischen Werkstatt ist auf Gegenbesuch bei der *KME Germany AG & Co. KG*. Geschichtsträchtige Industriearchitektur, manche Fassade noch aus dem 19. Jahrhundert. Eine Stadt für sich. 2.500 Menschen arbeiten hier. 33 von ihnen warten im ersten Stock einer der riesigen Hallen. Sie waren im September im Augustaschacht dabei. Fragebögen erwarten sie, Gruppenaufgaben, Plenardiskussionen, zwei Stunden lang.

Die Stimmung ist gut. Locker. Rasch finden sich Moderatoren, Protokollanten, Sprecher. Ungewohnt, vorne am Flipchart zu stehen, den Edding in der Hand, Äußerungen der Kollegen bündeln, dokumentieren, kommunizieren? Vielleicht, aber kein Problem. Engagement ist zu spüren, Bereitschaft, Erwartung, Neugier.

Und die Ergebnisse sind beeindruckend. Auf die Fragenbogenfrage »Welche Erkenntnisse hat der Tag für Sie gebracht?« kommen Antworten wie: »Schlimm, was Menschen Menschen antun.«, »Dass Rechts einfach nur Scheiße ist!«, »Dass man sich nicht von der Gruppe beeinflussen lassen soll, sondern auf sich selber hören!«, »Dass man alle Menschen, egal woher sie kommen, gleich behandeln sollte.«, »Rechtsradikal ist unmenschlich!«, »Dass damals wie heute Rassismus vorhanden ist.«, »Viele Leute scheinen leicht beeinflussbar, sodass man sie sensibilisieren muss.«, »Dass es schlimmer ist als ich dachte.« und »Es ist scheiße, andere zu diskriminieren.« Offene Antworten, klug, klar, eindeutig.

Klar auch die Bewertung nach Noten: Die schauspielerische Arbeit wird auf einer Skala von 1 bis 5 im Durchschnitt mit 2 bewertet, die pädagogische Arbeit und der organisatorische Ablauf des Tages mit 2–3. Die Frage, ob die Veranstaltung zur Gedenkstätte passt, wird überwiegend bejaht, teils mit der Begründung, das Thema sei »ja immer noch aktuell«. Es kommen aber auch Einwände: Das Stück spiele in der heutigen Zeit – an einem Ort wie dem Augustaschacht sei es stimmiger, ein Stück über die NS-Zeit zu zeigen... Ein wichtiger Hinweis, noch stärker herauszuarbeiten, wie untrennbar Vergangenheit und Gegenwart sind.

Stärken des Projekts? Schwächen? Eine schöne Bestätigung, dass meist nur Stärken genannt werden – das Stück »Krampf« selbst und die Intensität seiner Darsteller, das Zeitzeugengespräch, die Gruppenarbeit, der gute Zuschnitt auf Jugendliche. Werden Schwächen genannt, haben sie mit Ermüdung zu tun: durch langes Zuhören bei Vor-



trägen und Diskussionen, durch die Textfülle der Ausstellung. Je mehr Aktion und Eigenaktion also, desto besser. Vereinzelt klingt auf: Es war ein langer Tag. War er zu lang? Die Adjektive, die zu diesem Tag fallen, sprechen eine andere Sprache: »bewegend«, »lehrreich«, positiv«, »beeindruckend«, »emotional«. Wichtige Erkenntnis: die Atmosphäre der Gedenkstätte wirkt stark erkenntnissteigernd: gerade weil als »unheimlich« und klaustrophobisch empfunden, als »bedrückend«, »beklemmend«, »traurig«, »beängstigend«, als dunkel und kalt, als »schaurig«, als Ehrfurcht und Respekt gebietend.

Abschließend eine Diskussion zum Thema Zivilcourage. An den Flipcharts stehen danach Dinge wie »Mut beweisen«, »über den eigenen Schatten springen«, »Hilfe leisten, Hilfe holen«, »Außenseiter integrieren«. Und jeder schreibt einen Ich-werde...-Satz auf eine Karte. Da steht dann: »Ich werde offene Augen haben.« Oder: »Ich werde mich für andere Menschen einsetzen, wenn sie in Schwierigkeiten stecken.« Oder: »Ich werde in Zukunft versuchen, aufmerksamer gegenüber meinen Mitmenschen zu sein.« Und da stehen dann Sätze wie: »Ich werde in Zukunft wie immer handeln und alles gegen Rechts tun ob verbal oder im Handeln.« Ermutigend.

Gespräche am Rande beweisen: Es ist die Kombination, die haften bleibt. Der Ort. Das Stück. Die Aufbereitung in Gruppen. Die Zeitzeugin. Die Ausstellung. Die Symbiose hat funktioniert.

Wie wichtig die Stadt Osnabrück das Pilotprojekt nimmt, zeigt sich an Rita Maria Rzycki, Kulturdezernentin der Stadt Osnabrück. »Für Osnabrück erwächst aus dem Vermächtnis des Westfälischen Friedensschlusses von 1648 die Verantwortung, die Entwicklung einer friedlichen, demokratischen und pluralistischen Gesellschaft zu fördern.«, sagt sie im Augustaschacht, als die 60 KMEler gerade Mittagspause haben. »Dies ist umso bedeutungsvoller, als die heutigen Formen von Intoleranz, Rassismus und auch Antisemitismus durch Ideologien motiviert sind, die unser demokratisches Gemeinwesen bedrohen.«

Und das ist wirklich bedroht.

Überlegt nicht lange? Kommt einfach vorbei? Doch, überlegen. Nein, nicht hingehn. Das lernt auch der Junge in »Krampf«. Und mit ihm hoffentlich viele andere.

**Harff-Peter Schönherr** ist Projektbetreuer der theaterpädagogische werkstatt gGmbH, Osnabrück.

# Vom Ort des Terrors zur Gedenkstätte

ZUR GESCHICHTE DES DÜSSELDORFER STADTHAUSES

*Bastian Fleermann, Frank Sparing und Astrid Wolters*

Der in der Düsseldorfer Altstadt zwischen Andreasstraße und Mühlenstraße gelegene Gebäudekomplex, in dessen westlichem Teil sich die Mahn- und Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus befindet, ist in drei Bauphasen seit dem Ende des 17. Jahrhunderts errichtet worden.<sup>1</sup> Zunächst erbaut durch den Jesuitenorden, der dort ein Kloster und das »Jesuiten-Gymnasium« unterhielt, ging das Gebäude Ende des 18. Jahrhunderts in staatlichen Besitz über und wurde größtenteils verkauft, gegen Ende des 19. Jahrhunderts aber wieder durch die Regierung Düsseldorf zurückgekauft. Nachdem die Regierung 1910 zur Cecilienallee übersiedelte, standen die Gebäude zunächst für einige Jahre leer. Sie wurden dann von der Stadt Düsseldorf übernommen, die dort die städtische Polizeibehörde und andere Ämter einwies.

Mit der Errichtung eines staatlichen Polizeipräsidiums in Düsseldorf am 1. Juli 1926 wurde das gesamte Gebäude von der Polizei angemietet, die schließlich acht Jahre später die Räume zum 31. März 1934 kündigte und ein neues Gebäude am damaligen Kavallerieplatz, dem heutigen Jürgensplatz, bezog. Doch das erste Jahr nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Düsseldorf wurde zentral von diesem Ort aus gesteuert, die Gleichschaltung der Stadt und ihrer Gesellschaft von hier aus forciert: Die Verhaftung politischer Gegner vor und nach dem Reichstagsbrand führte viele der Inhaftierten in die Keller und Verhörräume des Stadthauses, SA und SS kamen hier zusammen, um als »Hilfspolizei« die Zerschlagung der Gewerkschaften vorzubereiten und nicht zuletzt vollzog sich hier die straffe Umwandlung der Politischen Polizei des alten Präsidiums in die Geheime Staatspolizei, die fortan als Leitstelle von Düsseldorf aus für den gleichnamigen Regierungsbezirk (den bevölkerungsreichsten im Deutschen Reich) zuständig war.

Nach dem Auszug des Polizeipräsidiums bezogen neben der 20. SS-Standarte und der Heeresstandortverwaltung auch einige städtische Ämter das Gebäude: das Amt für Statistik und Wahlen, das Liegenschaftsamt, das Stadtpolizeiamt und das Zentralarbeiteramt.<sup>2</sup>

Alle diese Institutionen waren jeweils in ihrem Tätigkeitsbereich auch mehr oder weniger an der Verfolgung von politischen Gegnern, so genannten »Asozialen«, Juden, Sinti und Roma, Homosexuellen, Zwangsarbeitern, psychisch Kranken und Deserteuren beteiligt. Gerade die Existenz einer nach Effizienzkriterien ausgerichteten modernen Bürokratie, in der die einzelnen Beamten als Funktionsträger eines hierarchischen Systems von den Folgen ihres Verwaltungshandelns weitgehend losgelöst ihre Pflicht erfüllten, bildete eine entscheidende Voraussetzung für den reibungslosen Ablauf aller Verfolgungsmaßnahmen während des Nationalsozialismus.

Auch vor der offiziellen Einrichtung des Düsseldorfers Polizeipräsidiums in der Mühlenstraße 29 befand sich dort bereits die städtische Polizeiverwaltung. Infolge des Reichstagsbrandes am 28. Februar 1933 und der am nächsten Tag herausgegebenen »Verordnung zum Schutz von Volk und Staat« wurden Massenfestnahmen aufgrund vorbereiteter Listen durchgeführt und die Verhafteten zunächst in den überfüllten Zellen

des Polizeipräsidiums untergebracht. Alleine im Regierungsbezirk Düsseldorf wurden 3 818 Personen festgenommen. Häufig wurden die Verhafteten schwer gefoltert und dann in sogenannte »Schutzhaft« genommen, die in der Regel eine Einweisung in ein Konzentrationslager bedeutete.<sup>3</sup> Bereits am 22. Februar 1933 hatte der kommissarische preußische Innenminister Göring die Aufstellung einer aus Angehörigen der SA, SS und des Stahlhelm zu bildenden »Hilfspolizei« angeordnet. In Düsseldorf bestand die Hilfspolizei aus je einer Bereitschaft SA, SS und Stahlhelm, die bei den entscheidenden Übergriffen der folgenden Monate führend beteiligt waren.<sup>4</sup> Schon vor 1933 gehörte die »Abteilung IA«, die mit »politischen Angelegenheiten« befasst war, zum Düsseldorfer Polizeipräsidium. Diese Abteilung erhielt im Februar 1933 einen neuen Leiter, den Nationalsozialisten Murray, der sie zur Keimzelle der Gestapo im Regierungsbezirk ausbaute. Die Düsseldorfer Abteilung IA wurde durch Erlass des im April 1933 begründeten Geheimen Staatspolizeiamtes mit Wirkung vom 23. Oktober 1933 vom Polizeipräsidium abgetrennt. In ihrer Entstehungszeit war sie bis März 1934 im Stadthaus untergebracht.

Am 1. Mai 1933 wurde mit dem SS-Obergruppenführer Fritz Weitzel ein Polizeipräsident ernannt, der in Personalunion Leiter des SD-Oberabschnitts West war. Bei Weitzel lobte der Düsseldorfer Regierungspräsident, er habe »durch schärfste Reinigung des Beamtenkörpers von marxistisch eingestellten Elementen (...) ein wirksames und erfolgreiches Arbeiten seiner Behörde im Sinne des nationalsozialistischen Staates ermöglicht.« Polizei und Hilfspolizei war es bereits im Februar und März 1933 gelungen, die Parteorganisationen von KPD und SPD weitgehend lahmzulegen. Unmittelbar nach der Ernennung Weitzels zum Polizeipräsidenten eröffneten Polizei, SA und SS eine Offensive auf die lokalen Hochburgen der KPD in Oberbilk und Gerresheim. Die 20. SS-Standarte bezog bereits im Dezember 1933 Büroräume in der Mühlenstraße 29.<sup>5</sup>

Nach Auszug des Polizeipräsidiums erhielt auch das »statistische und Wahl-Amt« (Amt 16) der Stadt Düsseldorf Räume in der Mühlenstraße 29. Diese Dienststelle war wesentlich an Vorbereitung und Durchführung der Volkszählungen im Juni 1933 und Mai 1939 beteiligt. Gleichzeitig mit der Volkszählung 1933 begann die Erfassung und bürokratische Ausgrenzung der Juden in Deutschland. In der Zählung wurden sogenannte »Glaubensjuden« und Ausländer in einer detaillierten Sonderzählung erfasst. Nach dem Auszug des Polizeipräsidiums und der Renovierung der Räume wurde das Zentralarbeitsamt (Amt 11) im Sommer 1934 von der Zollstraße in die Mühlenstraße 29 verlegt. Zu seinen Aufgaben gehörten Einstellung und Kündigung von Arbeitern und Arbeiterinnen städtischer Betriebe. Das »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« vom 7. April 1933 sollte sowohl die angeblichen Gegner der Nationalsozialisten in der öffentlichen Verwaltung ausschalten als auch jüdische Angehörige aus dem öffentlichen Dienst entfernen. Das Gesetz bildete somit das erste umfassende Gesetz zur wirtschaftlichen Ausgrenzung der Juden im Nationalsozialismus. Bis August 1933 wurden 80 Entlassungen in der Stadtverwaltung vorgenommen. Die freigewordenen Stellen seien »mit bewährten alten Kämpfern besetzt worden«, wie es in einem Verwaltungsbericht heißt.

Nach Kriegsbeginn war das Zentralarbeitsamt wesentlich mit der Organisation und Durchführung des Einsatzes von Kriegsgefangenen und zivilen Zwangsarbeitskräften in Düsseldorf befasst. Das Amt 11 organisierte die Unterbringung in »Ausländerlagern«, die Verteilung von Verpflegung und die Zuweisung von Arbeitsstellen. Im Gebäude befand sich darüber hinaus das städtische Liegenschaftsamt (Amt 63), das für die Verwaltung

der städtischen Grundstücke und Gebäude zuständig war. Das Liegenschaftsamt erwarb im Rahmen von Zwangsversteigerungen jüdischen Grundbesitzes Gebäude weit unter Preis für die Stadt. Nach Kriegsbeginn war das Liegenschaftsamt durch die Suche und Bereitstellung von geeignetem Gelände für die Errichtung von Lagern für Zwangsarbeitskräfte aus den besetzten Ländern an der Ausbeutung tausender Arbeiterinnen und Arbeiter beteiligt.

Im Erdgeschoss und im ersten Stock des Stadthauses wurde zudem bald das »Stadtpolizeiamt« (Amt 15) eingerichtet. Die Aufgaben der städtischen Polizeiamter sind am ehesten vergleichbar mit den heute existierenden Ordnungsämtern. So war das Stadtpolizeiamt beispielsweise für die Verhängung von Straf- und Zwangsgeldverfügungen sowie für die Festnahme und den Transport von Fürsorgezöglingen, Geschlechtskranken und Alkoholikern in geschlossene Anstalten und »Arbeitshäuser« zuständig. Im Juli 1935 übernahm das Stadtpolizeiamt vom Gesundheitsamt die »polizeimäßige Bearbeitung der Geisteskrankenangelegenheiten«. Damit war es für die Einweisung von psychisch Kranken in Heil- und Pflegeanstalten auch nach Beginn der Krankenmorde zuständig.

Wesentlich beteiligt war das Stadtpolizeiamt auch an der rassistischen Ausgrenzung von Sinti und Roma in Düsseldorf. Seit 1934 wurden die für viele Sinti zum selbständigen Lebensunterhalt unerlässlichen Wandergewerbescheine und Stadt-Hausierscheine an sie nicht mehr ausgegeben. Darüber hinaus sorgte das Stadtpolizeiamt für die Erfassung der Wohnwagenstellplätze im Stadtgebiet und für deren Auflösung durch die Erteilung kostspieliger Auflagen Mitte 1934. Durch diese Maßnahmen wurden die Voraussetzungen für die Internierung der Düsseldorfer Sinti und Roma in dem im Juli 1937 eröffneten »Zigeunerlager« Höherweg und die Heranziehung der Insassen zu Zwangsarbeit geschaffen.<sup>6</sup>

Seit dem 1. März 1936, dem Zeitpunkt, an dem auch im bis dahin entmilitarisierten Rheinland wieder Truppen einmarschierten, war dem Stadtpolizeiamt ein »Einquartierungsamt« angegliedert, das für die Unterbringung der nun in Düsseldorf stationierten Mannschaften des Infanterieregiments 77, des Artillerieregiments 16, einer Nachrichtentruppe und einer Fliegertruppe zuständig war. Entscheidend für die Angliederung des Einquartierungsamtes an das Stadtpolizeiamt dürfte die räumliche Nähe zum ebenfalls in diesem Gebäude untergebrachten Wehrbezirkskommando gewesen sein. Die Heeresstandortverwaltung bezog bereits im November 1935, also noch vor der Besetzung des entmilitarisierten Rheinlandes Anfang März 1936, Räume in der Mühlenstraße 29. Von hier aus führten das Wehrbezirkskommando und die Wehrmeldeämter I bis IV die Wehrrfassung der Düsseldorfer Bevölkerung durch. Dabei wurde die Fahndung nach Fahnenflüchtigen in die Wege geleitet, aus rassistischen und politischen Gründen »Wehrunwürdige« erfasst und aus dieser Gruppe später sogenannte »Bewährungsbaillone« zusammengestellt.

Entsprechend ihrer zunehmenden Bedeutung hatte die Heeresstandortverwaltung im Laufe des Krieges immer mehr Räumlichkeiten beansprucht, so dass der Gebäudekomplex zwischen Andreasstraße und Mühlenstraße gegen Ende des Krieges praktisch ausschließlich von der Militärbehörde genutzt wurde. Nach der Befreiung Düsseldorfs am 17. April 1945 wurde das Gebäude vom Oberstadtdirektor und von städtischen Beigeordneten sowie erneut von kommunalen Ämtern genutzt.

Das gesamte Gebäude an der Mühlenstraße 29 wurde, um es begrifflich vom nahe gelegenen Rathaus abzugrenzen, »Stadthaus« genannt.<sup>7</sup>



Polizeiaufmarsch,  
April 1933.  
Rechts Polizeipräsidium



Außenansicht des  
Polizeipräsidioms auf  
der Mühlenstraße



Innenhof des Polizei-  
präsidiums in der  
Mühlenstraße.  
Alle Abbildungen:  
Stadtarchiv Düsseldorf/  
Sammlung Mahn- und  
Gedenkstätte

Einige Mitglieder des neu ernannten Stadtrates wollten direkt nach dem Zweiten Weltkrieg an die Opfer des Nationalsozialismus in Düsseldorf erinnern. Am 9. November 1946 wurde die erste Gedenktafel für die Synagoge an der Kasernenstraße, die in der Pogromnacht 1938 in Brand gesteckt worden war, eingeweiht.<sup>8</sup> Düsseldorf war somit unter den ersten Städten in Deutschland, die so früh nach der NS-Zeit an die zerstörte Synagoge und die vernichtete Gemeinde erinnerten.<sup>9</sup> Der Oberbürgermeister von Düsseldorf, Peter Waterkotte, und der Kulturausschussvorsitzende, Hanns Kralik, die beide als Kommunisten während der NS-Zeit verfolgt wurden, wollten eine Gedenkstätte oder einen Ort der Erinnerung schaffen, um an verfolgte Menschen und Mitglieder von Widerstandsgruppen zu erinnern. Der Stadtrat beschloss 1946, ein zentrales Mahnmal für alle Opfer des Nationalsozialismus in der Stadt zu errichten.

Das vom Künstler Jupp Rübsam entworfene Mahnmal wurde 1958 auf dem Nordfriedhof eingeweiht.<sup>10</sup> Drei Schicksalsgöttinnen, die Nornen, die gleichzeitig die christlichen Werte »Glaube«, »Liebe« und »Hoffnung« symbolisieren, sind allen Opfern des Nationalsozialismus und des Krieges gewidmet. Die drei Frauengestalten sollten sowohl die »Opfer des Krieges und der Gefangenschaft«, die »Opfer in der Heimat, die Vermissten und Hinterbliebenen« sowie die »Opfer des politischen Terrors« repräsentieren. Die Forderung, ein zentrales Mahnmal für die Opfer der NS-Verfolgung und eine Gedenkstätte zu eröffnen, blieb bestehen. Ein zentraler Ort des Erinnerns fehlte, der sowohl in einer Dauerausstellung die Themen »Verfolgung« und »Widerstand« zwischen 1933 und 1945 darstellen als auch Ort der Begegnung und des Austausches werden sollte.<sup>11</sup>

1959 riefen der Oberbürgermeister und der Stadtdirektor die Bevölkerung im Vorfeld des Jahrestages der Pogromnacht auf, Erinnerungen an frühere jüdische Mitbürger einzureichen. Einzelne Geschichten und Dokumente, die in Kooperation mit der neu gegründeten Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit gesammelt werden sollten, waren als Ergänzung der bisher betriebenen Lokalgeschichte für die Zeit von 1933 bis 1945 gedacht. Das Ergebnis war ernüchternd. Insgesamt wurden nur 19 Berichte eingesandt.<sup>12</sup> Die systematische Erforschung der Geschichte der Düsseldorfer Juden und der Judenverfolgung in Düsseldorf in der NS-Zeit setzte in den 1980er Jahre ein.

Mitte der 1970er Jahre forderten Jugendgruppen, Opferorganisationen, Kirchen, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) und andere Gruppierungen verstärkt die Errichtung einer Gedenkstätte in der Stadt. Anlass war der Prozess gegen die Kommandantur und Wachmannschaften des ehemaligen Konzentrationslagers Majdanek, der zwischen 1975 und 1981 vor dem Landgericht in Düsseldorf verhandelt wurde. Jugendliche organisierten Anti-Kriegs-Demonstrationen in der Innenstadt. Ehemalige Häftlinge des Konzentrationslagers sagten im Prozess aus und wurden von ehrenamtlichen Helfern betreut, die sie ins Gericht begleiteten und mit ihnen über ihre Erfahrungen sprachen. In der städtischen Gesellschaft war das Thema NS-Zeit präsent, lokale und überregionale Medien berichteten darüber.

In den 1980er Jahren verstärkte der Jugendring, der Zusammenschluss aller Jugendorganisationen in der Stadt, seine Bemühungen, die Errichtung einer Gedenkstätte zu erreichen. Bereits zu Beginn der 80er Jahre hatte die Stadt Bronzetafeln an Gebäuden anbringen lassen, die in der NS-Zeit bestimmte Funktionen hatten, wie die Reuterkaserne als ehemaliger SS-Folterkeller oder das Stadthaus als früheres Polizeipräsidium. Damit wurden Erinnerungszeichen an staatliche Gewalt, Verfolgung und Widerstand geschaffen, aber keine ständige Einrichtung, die sich mit der Dokumentation und

Erforschung der NS-Zeit beschäftigte. Der Jugendring schlug, mit Unterstützung von Zeitzeugen, die ehemalige Synagoge im Stadtteil Gerresheim als Ort zur Einrichtung einer Gedenkstätte vor. Eine Bürgerinitiative »Gedenkstätte für die Opfer des Naziregimes« sammelte dazu Unterschriften. Die Synagoge gehörte bis Anfang des 20. Jahrhunderts der örtlichen jüdischen Gemeinde, die sie 1917 an Karl Klein verkaufte. Die gläubigen jüdischen Gerresheimer hatten sich bereits zur 1904 auf der Kasernenstraße eingeweihten Synagoge orientiert. Die Gerresheimer Synagoge wurde Privatbesitz und seither nicht mehr für religiöse Zwecke genutzt.

Im Februar 1984 beschmierten zwei Jugendliche sie mit antisemitischen Parolen und setzten sie in Brand. Das beschädigte Gebäude wurde mit Zustimmung der jüdischen Gemeinde abgerissen. Kurz zuvor hielten Vertreter des Jugendrings eine Pressekonferenz vor der ehemaligen Synagoge in Gerresheim ab, auf der sie auf die Gefahren des Rechtsradikalismus hinwiesen und ihre Forderung nach Einrichtung einer Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus in Düsseldorf unterstrichen.<sup>13</sup>

1985 organisierte der Jugendring zum 40. Jahrestag des Kriegsendes eine breit angelegte Kampagne. Eine Broschüre stellte die Reuterkaserne, in der politische Gegner des Nationalsozialismus in einem SS-Folterkeller nach 1933 schwer misshandelt wurden, als mögliche Gedenkstätte vor.<sup>14</sup> Die Geschichte des Hauses wurde verbunden mit einem Konzept einer Dauerausstellung zum Thema »Verfolgung und Widerstand in Düsseldorf 1933 bis 1945« und detailliertem Raumplan für die Kellerräume dargestellt. Gleichzeitig forderte der Jugendring die Einwohner Düsseldorfs auf, durch Postkarten an den Oberbürgermeister Klaus Bungert die Einrichtung einer Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus zu verlangen. Der politische Druck wurde nicht nur vom Jugendring aufgebaut. Seine Mitgliedsverbände und Initiativen forderten eine Gedenkstätte an zentralem, historisch relevantem Ort. Die Reuterkaserne wurde schließlich als Teil der nahe gelegenen Kunstakademie genutzt.

1986 beschlossen alle im Stadtrat vertretenen Parteien die Einrichtung einer Mahn- und Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus in Düsseldorf im Stadthaus an der Mühlenstraße 29. Der Historiker Bernd Rusinek wurde mit der Recherche und Erarbeitung der Dauerausstellung beauftragt; ein Beirat, dem u.a. Vertreterinnen und Vertreter aus der Politik, Verbänden und Verfolgtenorganisationen angehörten, wurde gebildet, der die Entstehung der inhaltlichen Präsentation begleitete.

Am 17. September 1987 wurde die Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf mit der ständigen Ausstellung »Verfolgung und Widerstand in Düsseldorf 1933 bis 1945« eröffnet.<sup>15</sup> Die Gedenkstätte präsentiert seither allgemeine Informationen über Düsseldorf während der NS-Zeit und zeigt unterschiedliche Gruppen, die sich entweder an das Regime anpassen konnten, wie die Kirchen oder Parteien, und Gruppen, die dies aufgrund rassistischer Verfolgung nicht konnten, wie Kranke und Behinderte, Sinti, Zwangsarbeitskräfte und jüdische Düsseldorfer. Biografische Beispiele bilden zentrale Einheiten in allen Teilen der Dauerausstellung. Verfolgte Personen werden mit Foto und ihrer Biografie dargestellt. Opferorganisationen, der Landesverband der Sinti und Roma, die Kirchen, die Jüdische Gemeinde, Parteien, Verbände und der Jugendring begleiteten die Eröffnung und seither die weitere Arbeit der Gedenkstätte. In den 1980er Jahren wurden Zeitzeugen, die verfolgt worden waren oder Widerstand geleistet hatten, interviewt und gefilmt, um ihre Erinnerungen zu bewahren.<sup>16</sup> Seit der Eröffnung hat die Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf kontinuierlich mit Zeitzeugen gearbeitet als eine der Säulen der Gedenkstät-

tenarbeit. Die Biografien verfolgter Düsseldorfer, von Menschen in Widerstandsgruppen und ausländischen Arbeitskräften, die Zwangsarbeit in Düsseldorf leisten mussten, sind beispielsweise aufgezeichnet worden. Seit 2001 lädt die Landeshauptstadt ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus Osteuropa nach Düsseldorf ein, um die Stadt zu besuchen, wo sie leben und arbeiten mussten.<sup>17</sup> Mit dieser Einladung möchte die Stadt eine symbolische Geste zur Versöhnung anbieten. Eine Düsseldorfer Gruppe begleitet die Gäste auch zu ihren ehemaligen Arbeitsorten. Schüler stellen ihre Erinnerungen an Düsseldorf und die Biografien in einer Ausstellung oder einer Broschüre dar und überreichen Gästebücher, in denen sie die Besuchswoche mit den vielfältigen Eindrücken für die Besucher aus Polen oder der Ukraine festhalten. Beide Seiten lernen voneinander: Die Gäste stellen sich in Begleitung eines Teils ihrer Vergangenheit und lernen ein gastfreundliches und anderes Düsseldorf kennen, die Schüler lernen durch die Besucher die persönlichen Ausprägungen von Geschichte. Auch ein Besuch der Mahn- und Gedenkstätte, von wo aus der Besuch organisiert und geleitet wird, steht auf dem Programm.<sup>18</sup>

Die Gedenkstätte präsentiert mehrere Wechselausstellungen pro Jahr. Sie werden durch Begleitprogramme, Lesungen und pädagogische Angebote ergänzt. Die Bildungsangebote umfassen unter anderem Führungen durch die Dauer- und die Wechselausstellungen, Stadtführungen und selbstständige Stadterkundungen auf den Spuren der NS-Zeit in Düsseldorf<sup>19</sup>, Zeitzeugengespräche, die Arbeit mit Biografien, Fotos und Dokumenten sowie Studienfahrten inklusive Vor- und Nachbereitung zu Gedenkstätten in Deutschland oder in Polen. Seit 1987 hat die Gedenkstätte jährlich zwischen 15000 und 20000 Besucherinnen und Besucher. Die Mahn- und Gedenkstätte kooperiert lokal, regional und überregional mit vielen Institutionen und Universitäten und spielt seit über 22 Jahren eine wichtige Rolle im kulturellen Leben der Stadt.

Seit einem Jury-Wettbewerb im August 2007 nehmen Planungen zur baulichen Veränderung und Umnutzung des Stadthauses und der Gedenkstätte konkrete Gestalt an: Während ein Großteil des Gebäudes in ein Hotel umgebaut werden soll, wird die Gedenkstätte ebenfalls neu konzipiert und umgebaut; die Dauerausstellung von 1987 wird durch eine neue Ausstellung mit dem Themenschwerpunkt »Kindheit und Jugend im Nationalsozialismus« ersetzt. Zudem werden zwei bisher kaum harmonisierende Gebäudeteile durch einen Anbau im Innenhof miteinander verbunden.

**Dr. Bastian Fleermann**, stellvertretender Leiter der Mahn- und Gedenkstätte Landeshauptstadt Düsseldorf; **Frank Sparing**, M.A., langjähriger Freier Mitarbeiter der Mahn- und Gedenkstätte Landeshauptstadt Düsseldorf; **Astrid Wolters**, M.A., Leiterin der Abteilung Bildung und Projekte der Mahn- und Gedenkstätte Landeshauptstadt Düsseldorf.



- 1 Basierend auf der umfassenden Darstellung von Frank Sparing: Das Stadthaus Mühlenstraße 29 in den Jahren 1933–1945: Ort bürokratischer Ein- und Übergriffe, online veröffentlicht unter: [www.ns-gedenkstaetten.de/nrw/duesseldorf](http://www.ns-gedenkstaetten.de/nrw/duesseldorf).
- 2 Vgl. Joachim Lilla: Die staatliche Polizeiverwaltung in Düsseldorf von 1926–1945, in: Düsseldorf der Jahrbuch 73 (2002), S. 217–294.
- 3 Vgl. den demnächst erscheinenden Aufsatz von Bastian Fleermann: »...nachsetzen bis zur Vernichtung«. Verhaftungswelle und Gewalt gegen politische Gegner im Frühjahr 1933 in Düsseldorf, in: Rhein Maas. Studien zur Geschichte, Sprache, und Kultur, hg. von Jörg Engelbrecht, Bd. 1 (2010).
- 4 Am 15. August 1933 wurde die Hilfspolizei wieder aufgelöst, doch blieb ein aus ihr gebildetes Sonderkommando bestehen.
- 5 Von Anfang an verschleppte die SS die Bezahlung der bereits um zwei Drittel reduzierten Miete und der Heizkosten für ihre Büros in der Mühlenstraße, so dass infolge der Streitigkeiten um die von der Stadt geforderten Gelder die Räume im September 1935 von der SS-Standarte wieder geräumt werden mussten.
- 6 Vgl. hierzu: Karola Fings/Frank Sparing: »z. Zt. Zigeunerlager.« Die Verfolgung der Düsseldorfer Sinti und Roma im Nationalsozialismus, hg. von der Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf, Köln 1992.
- 7 Zum Thema »NS-Gedenkstätten in NRW. Gründungen und Akteure in den 1980er Jahren« entsteht derzeit eine Promotionsarbeit von Astrid Wolters. Darin wird auch die Vorgeschichte und Gründung der Mahn- und Gedenkstätte der Landeshauptstadt Düsseldorf nachgezeichnet.
- 8 Vgl. Jasmin de Angelis, Hurra, wir leben noch. Düsseldorf nach 1945, Kassel 2002, S. 38f. Ein Bild der Einweihung des Steins ist dort veröffentlicht.
- 9 Vgl. Elfi Pracht-Jörns, Jüdisches Kulturerbe in Nordrhein-Westfalen, Teil II: Regierungsbezirk Düsseldorf, Köln 2000, S. 40. Der Künstler Thomas Fürst integrierte 1983 den alten Gedenkstein in ein neues Denkmal, das ein Flachrelief der Synagoge von 1904 trägt.
- 10 Vgl. Hans Maes (Hg.) und Alfons Houben, Düsseldorf in Stein und Bronze, Düsseldorf, 2. neu bearbeitete Auflage 1984, S. 107f. Der Künstler Jupp Rübsam hatte den Wettbewerb 1947 gewonnen, anschließend folgten Diskussionen über die Darstellungsform und den Platz des projektierten Mahnmals. An gleicher Stelle hatte bis 1946 als »Weihestätte« eines »Märtyrers« im Nationalsozialismus ein fast 30 Meter hohes, sogenanntes »Schlageter-Kreuz« gestanden, das an den von französischen Besatzungssoldaten 1923 erschossenen Freikorpsoffizier Albert Leo Schlageter erinnern sollte.
- 11 In Nordrhein-Westfalen blieb die Gedenkhalle Oberhausen, die 1962 entstand, lange die einzige NS-Gedenkstätte. In den 1980er Jahren wurden die Gedenkstätten in Bonn, Düsseldorf, Essen, Köln und Wewelsburg eröffnet.
- 12 Vgl. Bastian Fleermann, Angela Genger (Hg.), Novemberpogrom 1938 in Düsseldorf, hg. von der Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf, Essen 2008, S. 9f. In der Einleitung weisen die Herausgeber darauf hin, dass 1959 in der Pressemittteilung stand, die Einzelschicksale jüdischer Mitbürger in den Jahren der Verfolgung müssten festgehalten und ihr Schicksal dürfe in der Geschichte der Stadt nicht übergangen werden.
- 13 Im März 1984 lud der Jugendring zu einem Ortstermin ein, um sein Vorhaben vorzustellen, mithilfe von Spenden die ehemalige Synagoge als Gedenkstätte wieder aufzubauen. Vgl. Jugendring Düsseldorf (Hg.), Mahn- und Gedenkstätte in Düsseldorf. Eine Dokumentation von Versäumnissen, Düsseldorf 1984.
- 14 Vgl. Jugendring Düsseldorf (Hg.), Mahn- und Gedenkstätte Reuterkaserne, Düsseldorf 1985.
- 15 Katalog zur ständigen Ausstellung: Verfolgung und Widerstand in Düsseldorf 1933 – 1945, hg. von der Landeshauptstadt Düsseldorf, Düsseldorf 1990.
- 16 Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf, Zeitzeugen, Köln 1987. 13 Personen aus unterschiedlichen Gruppen berichten in diesem Film über ihre Erfahrungen in der NS-Zeit, darunter Sozialdemokratinnen, ein Mitglied der katholischen Jugend, jüdische Düsseldorfer, ein Mitglied des kommunistischen Jugendverbandes und ein Patient der Rheinischen Kliniken Düsseldorf-Grafenberg.
- 17 Vgl. Heidi Sack (Bearbeiterin), Begrüßung als G(a)este. Besuchsprogramm für ehemalige ZwangsarbeiterInnen in Düsseldorf 2001 – 2007. Eine Bilanz, hg. vom Förderkreis der Mahn- und Gedenkstätte Landeshauptstadt Düsseldorf e.V., Düsseldorf 2008.
- 18 Damit befinden sich die Gäste aus Osteuropa an dem Ort, wo Kriegsgefangene und zivile Zwangsarbeiter durch das Zentralarbeiteramt auf die Arbeitsstellen verteilt wurden bzw. Lager errichtet und verwaltet wurden.
- 19 Soeben präsentiert: Mahn- und Gedenkstätte Landeshauptstadt Düsseldorf, Auf den Spuren der Vergangenheit Düsseldorfs im Nationalsozialismus. Ergebnis des Ferienworkshops vom 12. bis 14. Oktober 2009, Düsseldorf 2010. Das Ergebnis ist ein 45-minütiger Film, den Kinder zwischen 10 und 14 Jahre gedreht haben. Sie haben an acht Stationen Passanten zu ihrem Wissen über die Nutzung dieser Gebäude oder Orte in der NS-Zeit befragt, historisches Filmmaterial verwendet und zusätzlich Hintergrundinformationen für die Zuschauer gefilmt.

# Vergessene Vernichtung?

POLNISCHE UND TSCHECHISCHE ANGEHÖRIGE DER  
»INTELLIGENZ« IN DEN KONZENTRATIONSLAGERN SACHSENHAUSEN  
UND RAVENSBRÜCK ZU BEGINN DES 2. WELTKRIEGES

*Agnes Ohm*

Mit einer Sonderausstellung wird derzeit in den Gedenkstätten Sachsenhausen und Ravensbrück an den Beginn Zweiten Weltkriegs vor 70. Jahren erinnert. Die Ausstellung entstand als ein Kooperationsprojekt der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten mit der Jagiellonen-Universität Krakau sowie der Karls-Universität Prag. Im Rahmen dieses trinationalen Projektes fand zudem vom 20. bis zum 22. November in Oranienburg die dreitägige internationale Tagung »Die Verfolgung der intellektuellen Eliten in Polen und in der Tschechoslowakei durch die Nationalsozialisten. Kontexte und Erinnerungskulturen« statt. Mehr als 200 Teilnehmer aus dem In- und Ausland diskutierten mit Fachwissenschaftlern aus Polen, Tschechien und Deutschland.

Der Zweite Weltkrieg war, anders als über lange Jahre in Deutschland behauptet wurde, von Anfang an als ein Krieg neuer Art, nämlich als Vernichtungsfeldzug, geplant worden. Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus waren seine wesentlichen Antriebskräfte. Im so genannten »Polenreferat« im Hauptamt Sicherheitspolizei hatte man bereits Mitte 1939 damit begonnen, ein »Sonderfahndungsbuch« anzulegen. Es enthielt bei Kriegsbeginn etwa 61 000 Namen von Personen, die nach dem Überfall verhaftet oder ermordet werden sollten. Mobile Einsatzgruppen aus Angehörigen der Sicherheitspolizei und des SD verübten unter dem Decknamen »Unternehmen Tannen-berg« und mit der Beteiligung von Polizei- und SS-Verbänden sowie dem aus der deutschen Minderheit in Polen rekrutierten »Volksdeutschem Selbstschutz« hunderte von Exekutionen.<sup>1</sup> Tausende von Polen wurden verhaftet und in Konzentrationslager verschleppt. Dabei zielte der nationalsozialistische Terror gerade auch auf die intellektuellen Führungsschichten ab, weil sie als Träger der jeweiligen kulturellen Identität sowie des Widerstandes angesehen wurden.

Gegenüber leitenden Mitarbeitern des Reichssicherheitshauptes erklärte Reinhard Heydrich, der Chef des Sicherheitsdienstes, am 7. September 1939: »Die führende Bevölkerungsschicht in Polen soll so gut wie möglich unschädlich gemacht werden. Die restliche verbleibende niedrige Bevölkerung wird keine besonderen Schulen erhalten, sondern in irgendeiner Form heruntergedrückt werden.« In dem Protokoll der Besprechung wurde festgehalten: »Es wird entschieden, dass die Führerschicht, die auf keinem Fall in Polen bleiben darf, in deutsche KZs kommt ...«<sup>2</sup>

Die deutsche Besatzungspolitik im »Reichsprotectorat Böhmen und Mähren« kann im Vergleich zu anderen slawischen Ländern als relativ gemäßigt bezeichnet werden. Der Generalgouverneur Hans Frank beschrieb die Unterschiede aus der Sicht der Besatzung in Polen in einem Interview im »Völkischen Beobachter« wie folgt: »In Prag waren z.B. große rote Plakate angeschlagen, auf denen zu lesen war, dass heute sieben Tschechen erschossen worden sind. Da fragte ich mich: Wenn ich für je sieben erschossene Polen ein Plakat aushängen lassen wolle, dann würden die Wälder Polens nicht ausreichen, das Papier herzustellen für solche Plakate.«<sup>3</sup>

Die Tschechen galten als »assimilierungswürdig«, so dass eine rassische Verfolgung der gesamten Bevölkerung während des Krieges nicht angestrebt wurde. Zudem gab es wichtige Rüstungswerke, deren kriegswirtschaftliches Potential rücksichtslos ausgebeutet wurde. Dennoch kam es zu Beginn und im Laufe des Bestehens des Protektorats Böhmen und Mähren zu mehreren grausamen Terrorwellen, bei denen tausende Menschen von der Gestapo hingerichtet sowie Zehntausende verhaftet und in Konzentrationslager verschleppt wurden. Jeglicher Widerstand sollte bereits im Keim erstickt werden.<sup>4</sup>

Vor diesem Kontext beleuchtet die Ausstellung in der Gedenkstätte Ravensbrück das Schicksal von polnischen und tschechischen Frauen, die zu Beginn des Zweiten Weltkrieges verhaftet und in das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück überstellt wurden. Anhand einzelner Biografien zeigt die Ausstellung, wie Menschen aus einem intellektuellen Umfeld mit der Situation der KZ-Haft umgingen. Künstlerische und religiöse Betätigung, aber auch heimliche Lehrangebote und Widerstandshandlungen stärkten den Überlebenswillen. Ein Blick auf die Erinnerungskultur in beiden Ländern zeigt den spezifischen Stellenwert, den dabei Ravensbrück als größtes Konzentrationslager für Frauen einnimmt.

In der Gedenkstätte Sachsenhausen wird das Verfolgungsschicksal von drei Häftlingsgruppen erzählt, die als Angehörige der sogenannten »Intelligenz« in den ersten Monaten des Zweiten Weltkriegs in Polen und im Protektorat Böhmen und Mähren verfolgt und verhaftet wurden: hierbei handelt es sich zum einen um 168 Krakauer Professoren und Dozenten, die am 6. November verhaftet und am 28. November in das KZ Sachsenhausen eingeliefert wurden, zum anderen um mehr als 630 polnische Geistliche die bis Mai 1940 nach Sachsenhausen überstellt wurden, sowie drittens um 1200 tschechische Studenten, die am 17. November 1939 in Prag und Brünn verhaftet und bereits einen Tag später in das KZ Sachsenhausen überstellt wurden. In Polen und in Tschechien ist die Erinnerung an diese Opfergruppen nach wie vor lebendig; die Ausstellung will dazu beitragen, dass auch in Deutschland diese Opfer nicht vergessen werden.

### **»Sonderaktion Krakau«**

Am 6. November 1939 verhaftete ein deutsches Sonderkommando 183 Personen, Mehrheitlich Professoren und Dozenten der Jagiellonen-Universität Krakau, der Berg- und Hütten- sowie der Handelsakademie. Zepter und Wappen, die Insignien der Jagiellonen-Universität und mehrere großformatige Porträts von ehemaligen Rektoren der Jagiellonen-Universität sind eindrucksvolle Leihgaben der Jagiellonen-Universität, die auf die traditionsreiche Geschichte der zweitältesten Universität Europas verweisen.

Mit dieser »Sonderaktion Krakau« sollte unter anderem die Wiedereröffnung der Hochschulen verhindert werden. Die Akademiker waren unter einem Vorwand – eine Einladung zu einem Vortrag- in den Hörsaal 66 des Collegium Novum, des Hauptgebäudes der Jagiellonen-Universität, gelockt worden. Hier wurde ihnen unmittelbar nach Schließung der Türen ihre Verhaftung mitgeteilt. Das in den sechziger Jahren entstandene Gemälde von Zdzisław Pabisiak vermittelt einen Eindruck von der Verhaftungssituation. Es ist in der Ausstellung zusammen mit Originalschulbänken aus der Jagiellonen-Universität zu sehen.

Die Verhafteten wurden zunächst in Krakau eingesperrt, bevor man sie am 9. November 1939 nach Breslau verlegte. Vierzehn Professoren wurden nach internationalen Pro-

testen freigelassen, die übrigen 169 Wissenschaftler verschleppte die SS am 28. November 1939 in das KZ Sachsenhausen. *Wladyslaw Konopczynski* beschrieb die Ankunftssituation später folgendermaßen: »Wir mussten uns nackt ausziehen, wurden geschoren, rasiert und gebadet und bekamen einen Haufen alter Fetzen, die KZ-Bekleidung. Es gab auch bereits getragene Leibwäsche, in der Regel ohne Knöpfe. Neu war nur die gestreifte Hose, dazu bekam ich eine alte grüne Uniformjacke, eine wie die Hose gestreifte Mütze und Strümpfe, die überall gestopft waren. (...) Bis auf die Haut rasiert und ohne Backenbart und den Schnurrbart, war ich bis zur Unkenntlichkeit verändert. Man konnte mich erst an der Stimme erkennen.«<sup>5</sup>

Anhand zahlreicher Exponate, darunter das Studierzimmer von Prof. Franciszek Leja (1885–1979), ehemals Mathematikprofessor der Warschauer Technischen Hochschule und der Jagiellonen Universität Krakau, das Präparierinstrumentenset von Prof. Dr. Henryk Hoyer, weltweit anerkannter Biologe und Mediziner, Globus und Kompass des Geologen Prof. Dr. Jan Nowak, um nur einige wenige Beispiele zu nennen, werden die Biographien von 15 Professoren und Dozenten vorgestellt und ihre beeindruckende akademische Leistung beschrieben. (Siehe S. 29)

Was es für die Akademiker bedeutete, plötzlich der Lebenswirklichkeit des Konzentrationslagers ausgesetzt zu sein, lässt sich nur schwer vorstellen und beschreiben. Anders als die meisten anderen Häftlinge wurden die Krakauer Professoren keinem Arbeitskommando zugeteilt, nur gelegentlich mussten sie im Kartoffelkeller arbeiten oder Müll aufsammeln. Allerdings wurden sie von der SS häufig gezwungen, stundenlang bewegungslos in der Baracke zu stehen, ohne sich abstützen oder kurz austreten zu dürfen. Zur Ablenkung trugen sie sich gegenseitig wissenschaftliche Themen vor.

Viele der Professoren waren bereits älter, ihre körperliche Konstitution war den Strapazen der Lagerhaft nur schwer gewachsen. Der bereits emeritierte Prof. Stanislaw Estreicher, ehemaliger Rektor der Jagiellonen-Universität und ein international anerkannter Rechtsgelehrter, erkrankte an einem Harnleiden. Infolge der absolut unzulänglichen hygienischen Zustände und der mangelhaften medizinischen Versorgung verstarb Estreicher am 28. Dezember 1939 im Alter von 70 Jahren. Seine Familie bemühte sich, den Leichnam zur Bestattung nach Krakau zu holen. Dies wurde ihnen verwehrt. Stattdessen erhielt die Familie ein halbes Jahr später ein Paket mit einer Urne und der vermeintlichen Asche des Professors. Die Urne wurde in aller Stille beigesetzt. Das Paket hat die Familie aufbewahrt. Es ist eines der Hauptexponate der Ausstellung und steht für die Unmenschlichkeit des nationalsozialistischen Regimes. Insgesamt sind 13 der Professoren und Dozenten im KZ Sachsenhausen verstorben. (Siehe S. 29)

Die Verhaftung der Krakauer Professoren erregte großes Aufsehen, vor allem im Ausland. Die Angehörigen waren die ersten, die sich unmittelbar nach der Verhaftung der Professoren für deren Entlassung einsetzten. Sie schrieben Bittbriefe an deutsche Behörden und nutzten Kontakte zu früheren Kollegen der Professoren im Deutschen Reich, in Italien oder Spanien. Unterstützt von der polnischen Auslandspresse und Exilregierung begann ein von den Deutschen nicht erwarteter, weltweiter Protest. Diesem schlossen sich Gesandte, Kirchenvertreter sowie hochrangige Persönlichkeiten neutraler und befreundeter Länder an. Zahlreiche Eingaben und Petitionen im Archiv des Auswärtigen Amtes, auch von befreundeten deutschen Wissenschaftlern, zeugen davon.

Die Proteste trugen dazu bei, dass nach einigen Einzelentlassungen bereits am 8. Februar 1940 über 100 Professoren, die älter als 40 Jahre waren, das Konzentrationslager



Die Verhaftung der Professoren in der Jagiellonen Universität am 6. 11. 1939, gemalt von Zdzisław Pabisiak und die Bänke aus der Krakauer Universität. Foto: Clemens Franke.

Globus, o.D., NL Prof. Dr. Jan Nowak Foto: Privat

Paket, in dem 1940 die Urne mit der Asche von Prof. Estreicher nach Krakau verschickt wurde. Foto: Muzeum Uniwersytetu Jagiellońskiego (MUJ)

verlassen durften. Die SS transportierte sie in LKW zum Bahnhof Berlin-Charlottenburg und kaufte vom Geld der Professoren die Rückfahrkarten. Einige von ihnen starben kurz nach der Rückkehr an den Folgen der KZ-Haft. Sie hatten noch den Frostappell vom 18. Januar 1940 mitmachen müssen, bei dem alle Häftlinge, die keinem Arbeitskommando zugeteilt waren, stundenlang bei minus 25 Grad auf dem Appellplatz stehen mussten.



Am 7. Oktober 1941 wurde der letzte aus der Gruppe der Professoren, *Kazimierz Piwarski*, aus dem Konzentrationslager entlassen. Piwarski war am 4. März 1940 mit 43 jüngeren Hochschulangehörigen in das KZ Dachau überstellt worden.

Die drei jüdischen Mitglieder aus der Gruppe der Professoren haben das Konzentrationslager nicht überlebt. Der in Wissenschaftskreisen hoch angesehene Philologe Leon Sternbach war zusammen mit seinem Kollegen Joachim Metallmann kurz nach der Einlieferung nach Sachsenhausen von den anderen getrennt und in die jüdischen Baracken verlegt worden. Er erkrankte an Ruhr und starb achtzigjährig am 21. Februar 1940.<sup>6</sup> Joachim Metallman, Professor für Philosophie starb am 21. August.1942 im KZ Buchenwald, Viktor Ormicki, Dozent für Wirtschaftsgeographie, wurde am 17. September 1941 im KZ Gusen ermordet. (Siehe S. 30)

Die Verhaftung und das Schicksal der Krakauer Professoren kurz nach Beginn des Zweiten Weltkriegs ist in Polen zu einem Symbol für den grausamen Terror der auf die Vernichtung der polnischen Kultur und Nation zielenden deutschen Besatzungs-

politik geworden. Nach Kriegsende wirkten die Professoren, die die Verhaftung in Sachsenhausen und ihre Folgen überlebt hatten, weiter als Forscher und Hochschul-lehrer an der Universität. Sie trugen mit dazu bei, dass die Geschichte der Verhaftung der Professoren im wissenschaftlichen Milieu Krakaus lebendig und im Bewusstsein weiterer Generationen von Absolventen der Jagiellonen-Universität präsent blieb. Die Erinnerung überstand – wenn auch nicht ohne Probleme – selbst die Überformungen durch die einseitige kommunistische und antifaschistische Geschichtsinterpretation.

### **Polnische Geistliche im KZ Sachsenhausen**

Auch die römisch-katholische Kirche Polens wurde von den deutschen Besatzern massiv verfolgt. Man erkannte in ihr eine politisch-gesellschaftlich integrierende Kraft des Polentums, die man ausschalten wollte. Vor diesem Hintergrund wurden Kirchen, Klöster, katholische Vereinigungen und Einrichtungen geschlossen oder »germanisiert«. Zahlreiche Geistliche und Ordensleute wurden im Zuge von Geislerschießungen und der »Intelligenzaktion« ermordet, interniert oder in Konzentrationslager verschleppt.

In den neu eingegliederten Ostgebieten, Reichsgau Danzig-Westpreußen und Reichsgau Wartheland, war die Zahl der Opfer am höchsten. Allein im Bistum Chełmno wurden 450 der 700 Priester verhaftet, 218 noch im Herbst 1939 ermordet.<sup>7</sup> Auch in den Bistümern Gniezno, Włocławek, Poznań, Łódź und Płock war die Zahl der Opfer groß. 1944 war die Zahl der Geistlichen in den eingegliederten Ostgebieten von 3400 auf 720 zurückgegangen. Im Generalgouvernement war die Verfolgung der Geistlichkeit weniger massiv als in den eingegliederten Ostgebieten, aber auch hier gab es mehrere größere Verhaftungsaktionen, u.a. im Herbst 1939 in den Bistümern Warschau oder Lublin, viele der Verhafteten wurden in Konzentrationslager verschleppt.

Im KZ Sachsenhausen waren bis Ende 1939 bereits mehr als vierzig Geistliche, überwiegend Polen, inhaftiert. Bis Mitte 1940 stieg die Zahl der polnischen Geistlichen, Priester, Kleriker und Ordensleute im KZ Sachsenhausen auf mehr als 630.<sup>8</sup> Sie wurden in Baracken im Kleinen Lager untergebracht. Nach Aufhebung der üblichen Quarantäne wurden sie zum »freiwilligen« Arbeitseinsatz herangezogen. Dazu gehörte das Schleppen von Bäumen, Ziegel, Kohle, Zementsäcken oder Suppenkübel. Das SS-Lagerpersonal aber auch einige der Blockältesten behandelten die Geistlichen mit besonderer Verachtung und Brutalität. Sie waren besonders häufig Opfer von Schikanen, mussten Spott und Gewaltexzesse ertragen. Ähnlich wie bei den Krakauer Professoren waren auch unter den Geistlichen viele Ältere, denen die KZ Haft und ihre unmenschlichen Bedingungen sehr zusetzte. In der Ausstellung kann man die Biografien von mehr 20 polnischen Geistlichen aus verschiedenen Bistümern kennenlernen.

Bei der Recherche haben wir vielfältige und großzügige Unterstützung von Privatpersonen, aber auch von zahlreichen Kirchenarchiven erhalten. Zu den eindrucksvollen Exponaten zählen der Bischofsstab und das Bischofsgewand des Lubliner Bischofs Władysław Goral. Bischof Goral, der erst im Oktober 1938 in der Kathedrale von Lublin die Bischofsweihe erhalten hatte, kam zusammen mit Bischof Marian Fulman und elf weiteren geistlichen Mitarbeitern der Kurie und des Priesterseminars von Lublin am 3. Dezember 1940 in das KZ Sachsenhausen. Bei der Ankunft der beiden Bischöfe sollen hohe SS-Männer anwesend gewesen sein. Wojciech Gajdus, der selber erst im Mai 1940 nach Sachsenhausen kam, berichtet, was andere ihm darüber erzählt haben: »Zur »Begrüßung« dieser Würdenträger erschienen im Lager die »dicksten Fische« der



Die Erschießung des Pfarrers Piotr Sosnowski und anderer in Tuchola, 27. 10. 1939 (Museum Stutthof)  
Mitte: Prof. Dr. Leon Sternbach, undat. (MUJ)  
Unten: Prof. Dr. Wiktor Ormicki, undat. (MUJ)

SS und der Berliner Gestapo. Die beiden Bischöfe und die Mitglieder des Kapitels mussten sich vor den Augen der SS und Gestapo nackt ausziehen. Es wurde nicht an Hohn und Spott gespart. Den ehrwürdigen ergrauten greisen Bischof, der entkleidet da stand, fotografierten diese hoch dekorierten Schurken von allen Seiten und geizten dabei nicht mit »zotigen« Bemerkungen.«<sup>10</sup> Goral und Fulman wurden nach der Ankunft von den anderen Geistlichen getrennt und im Zellenbau isoliert. Der 72jährige Bischof Fulman wurde nach Interventionen des Nuntius von Berlin entlassen. Bischof Goral verbrachte fünf Jahre in Einzelhaft, bevor er im Frühjahr 1945 unter unbekanntem Umständen verstarb.

Auch Bischof Julius Bursche, dessen Talar in der Ausstellung zu sehen ist, musste zwei Jahre, von Januar 1940 bis Anfang 1942, in Isolationshaft im Zellenbau des KZ Sachsenhausen verbringen. Er starb am 20. Februar 1942 im Alter von fast 80 Jahren im Polizeikrankenhaus Berlin. Er war gewählter Bischof der Evangelisch-Augsburgischen Kirche Polens. Von den 120 Geistlichen dieser kleinen Kirche wurden 56 verhaftet und in Konzentrationslager verschleppt.

Ein weiteres zentrales Exponat der Ausstellung ist der Feldaltar aus dem Nachlass von Priester Michael Höck, eine Leihgabe der Gedenkstätte Dachau. An diesem Feldaltar wurden im KZ Dachau Messen gefeiert. Die erste »offizielle« Messe im KZ Sachsenhausen wurde Anfang August 1940 gelesen. Nach Interventionen des päpstlichen Nuntius in Berlin, Erzbischof Cesare Orsenigo, hatte die SS die Einrichtung einer Lagerkapelle im Block 57 erlaubt. Die Geistlichen nutzten hierfür den Feldaltar eines polnischen Heeresbischofs. Alois Knecht, ein österreichischer Priester beschreibt später die Kapelle: »Man kann sich diese





Tschechischer Chor  
im KZ Sachsenhausen,  
Zeichnung von  
Vladimír Matějka, 1945

Kapelle nicht armselig genug vorstellen. Das Inventar war ein Tisch mit einem Feldaltar, sonst nichts. Keine Kommunionbank, kein Beichtstuhl, keine Sakristei, kein Schrank. Dennoch, wir verspürten die wunderbare Kraft des heiligen Messopfers vom ersten Tag an. Es schien uns, als seien die ärgsten Dämonen des Lagers in die Ecken und in die Peripherie zurückgedrängt worden. Wie oft war uns die Kapelle ein Hort der Ruhe, des Friedens und der Stille gegen die ewige, satanische Unruhe im Lager!«<sup>11</sup>

*Der polnische Geistliche* Paweł Prabucki, der im Ersten Weltkrieg in der deutschen Armee gedient hatte, erhielt als einziger die Erlaubnis, die Messe zu lesen. Diese Funktion des »Lagerpriesters« übte er bis zum 20. September 1941 auch im KZ Dachau aus, danach war es den polnischen Geistlichen in Dachau nicht mehr erlaubt, an den Messen teil zu nehmen. Prabucki hat das KZ Dachau nicht überlebt, ebenso wenig wie seine beiden Brüder Alojzy und Bolesław, ebenfalls Priester. (Siehe S. 33)

Im Dezember 1940 fasste die SS alle Priester im KZ Dachau zusammen. Die Transportliste des KZ Sachsenhausen nach Dachau vom 13. Dezember 1940 nennt 527 Geistliche, darunter 487 Polen. Bis zu diesem Zeitpunkt waren bereits mehr als 80 polnische Geistliche im KZ Sachsenhausen ums Leben gekommen. Von den 487 nach Dachau überstellten polnischen Geistlichen starben bis Kriegsende weitere 210 im KZ Dachau oder in Schloss Hartheim b. Linz (»Invalidentransport«) ermordet wurden. Erzbischof Kazimierz Majdański, dessen Biografie ebenfalls in der Ausstellung präsentiert wird, wurde als junger Kleriker im November 1939 verhaftet und im August in das KZ Sachsenhausen eingeliefert. In Interviews hat er über seine 5-jährige KZ Haft gesprochen, auch über die medizinischen Versuche, die SS-Ärzte in Dachau an ihm durchführten. Erzbischof Majdański forschte später selber zum Martyrologium der Katholischen Kirche Polens im Zweiten Weltkrieg. Als Vorsitzender der »Vereinigung polnischer Priester, ehemaliger Häftlinge der Konzentrationslager« gehörte er zu den Stiftern der Kapelle für das Märtyrertum der polnischen Geistlichkeit im Zweiten Weltkrieg, die in den 70er Jahren in Kalisz eingeweiht wurde. Er war einer der polnischen Priester, die bereits in den 1960er Jahren den polnisch-deutschen Dialog aktiv unterstützten. Für seinen Beitrag für die deutsch-polnische Aussöhnung erhielt er 1991 als erster Pole das Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik. (Siehe S. 33)

### **Tschechische Studenten im KZ Sachsenhausen**

Ende Oktober 1939 kam es vor allem in Prag aber auch in anderen Städten des sogenannten Protektorats Böhmen und Mähren anlässlich einer Gedenkfeier zum elften Gründungstag der ersten Tschechischen Republik zu Massendemonstrationen an denen insgesamt bis zu 60 000 Menschen teilnahmen, darunter auch viele Studenten. Nach der Beerdigung des bei den Demonstrationen tödlich verletzten Studenten Jan Opletal kam es in Brünn und Prag erneut zu großen Studentenunruhen. Die Gestapo reagierte





Stimmbuch von Karel Štancl, 1940–42, Privatbesitz

Mitte: Paweł Prabucki, undat. Foto: Archiwum Diecezjalne, Pelplin

Unten: Kazimierz Majdański, 1945. Foto: Archiwum Instytutu Świeckiego Życia Konsekwowanego Świętej Rodziny, Łómiarki

mit der Hinrichtung von neun sogenannten Rädelsführern und verhaftete in den Morgenstunden des 17. November 1200 Studenten, nur einen Tag später folgte der Transport in das KZ Sachsenhausen. Die Hochschulen wurden für die nächsten Jahre geschlossen.

In Sachsenhausen waren die Studenten auf vier Baracken verteilt untergebracht, wobei die drei jüdischen Häftlinge unmittelbar nach der Ankunft von ihren Kommilitonen getrennt und in die jüdischen Baracken verlegt wurden. Da die Studenten zunächst keinem Arbeitskommando zugeteilt waren, zwang die SS sie, Stehkommandos in den Latrinen der Blöcke durchzuführen.

Die Nachricht von der Ankunft der Professoren der Jagiellonen-Universität erreichte auch die Studenten. Bohdan Rossa, Medizinstudent aus Brünn, erinnert sich: »Polnische Professoren sind da, die gesamte Krakauer Universität, komplett mitsamt dem Pedell« – mit dieser Nachricht kam einer von den Jungs in unseren Block gestürzt. [...] Diese Nachricht erregte uns alle sehr, wir waren erst knapp vierzehn Tage im Lager und fühlten uns nach wie vor als Studenten.« – Einige Tage später besuchten die Studenten die Professoren – »Zwischen Block 45 und 46 ging es ungewohnt lebhaft zu. Professoren, Dozenten und Assistenten der alterwürdigen polnischen Universität und Studenten der tschechischen Hochschulen, darunter Studenten der noch älteren Karls-Universität bildeten kleine Ansammlungen oder schritten in Gruppen und zu zweit auf und ab. (...) Die Mediziner suchten ihre Professoren, die Philosophen, Juristen und andere auch die »ihrigen« auf. Einige Studenten trafen mit wissenschaftlichen Kapazitäten von Weltbedeutung zusammen, die sie nur aus der Fachliteratur gekannt hatten. Und so gliederten sich meist alle nach Studienfächern »mit einem Wort, Lehrer und Schüler waren zusammengekommen.«



Im Januar 1940 erkrankten mehrere Studenten an Scharlach. Daraufhin verhängte die SS über ihre Baracken eine Quarantäne und betrat sie wegen der Ansteckungsgefahr lange Zeit nicht. Die Studenten nutzten diese Zeit für kulturelle Aktivitäten. Die »Sing-Sing-Boys«, ein 7-köpfiger A-Capella Chor gründeten sich, ebenso wie der von dem späteren Dirigenten František Marušan geleitete klassische Chor, in dem etwa 40 Häftlinge mitsangen.

Im April 1940 endete die Isolierung und die damit einhergehende zeitweilige »Schonung« der Studenten. Fast alle mussten zunächst im berühmten Klinkerwerk arbeiten. Später kamen sie in leichteren Arbeitskommandos unter. Dazu zählten besonders die Keramik- und die Schnitzerwerkstatt, wo Auftragsarbeiten für die SS angefertigt wurden.

Schon bald kam es zu ersten Entlassungen. Meistens geschah dies an besonderen Tagen, wie dem Geburtstag von Adolf Hitler am 20.4. oder an Feiertagen. Ende 1942 wurden die letzten aus der Gruppe entlassen. Achtzehn Studenten haben das KZ Sachsenhausen nicht überlebt. Die drei jüdischen Häftlinge unter ihnen kamen in anderen Konzentrationslagern ums Leben.

Die Verhaftung der tschechischen Studenten fand ebenfalls ein internationales Echo, allerdings nicht in der gleichen Intensität wie die Proteste gegen die Verhaftung der Krakauer Professoren. Aus Solidarität mit den tschechischen Studenten wurde 1941 der 17. November als Internationaler Studententag ausgerufen, der noch heute weltweit begangen wird.

Nach der Machtübernahme durch die Kommunisten wurde auch die Verhaftung der Studenten als Vermächtnis gewürdigt, auch wenn unter der kommunistischen Regierung mehrere der Studenten erneut verfolgt wurden und einige Jahre in Haft verbringen mussten.

1968 wählten die Studenten den Tag des 17. November als Streiktag, um gegen die Niederschlagung des »Prager Frühlings« zu protestieren. Die Gedenkveranstaltung, die im November 1989 zum Andenken an die verhafteten Studenten stattfand, eröffnete den Prozess des Untergangs der kommunistischen Diktatur in der Tschechoslowakei.

Auch die Geschichte dieser Haftgruppe wird exemplarisch anhand von Biografien erzählt. Anders als bei der Gruppe der Professoren und der Priester werden viele kleine Exponate gezeigt, die mit der Haftzeit im KZ Sachsenhausen unmittelbar zusammenhängen. Zu sehen sind aber auch eindrucksvolle Zeichnungen, u.a. ein Zyklus von Vladimír Matejka, der bereits im Lager Skizzen und Lagerszenen in einer Kladde festhielt. Einem Mithäftling gelang es später, diese Kladde hinauszuschmuggeln. Fast alle Exponate sind private Leihgaben von Überlebenden und ihren Familien.

### **Zur Ausstellungskonzeption**

Die in der Ausstellung bewusst getrennte Präsentation der polnischen Professoren und Geistlichen auf der einen Seite sowie der tschechischen Studenten auf der anderen Seite wird durch einen Raum verbunden, in dem der Besucher an einem großen Modell des Konzentrationslagers, einen Teil der Ereignisgeschichte verorten kann, soweit sie das Schicksal der genannten drei Häftlingsgruppen anbetrifft. Hier kann der Besucher sich zudem Erinnerungsberichte über die KZ-Zeit in Sachsenhausen von Häftlingen aus jeder der drei Gruppen anhören.

Dass trotz der bisherigen Forschung das Schicksal polnischer Eliten im KZ Sachsenhausen nach wie vor nicht erschöpfend geklärt ist, belegt eine Rauminszenierung. Dort

wird ein Erinnerungsbericht von der ersten Massenerschießung im KZ Sachsenhausen eingespielt. Von den damals ermordeten 33 Polen ist bis heute von den allermeisten nicht mehr als ihr Name bekannt.

Die Verhaftung der Professoren aber auch der Studenten wurde mehrfach in Spielfilmen thematisiert, u.a. in dem Film »Katyn« von Andrzej Wajda. Ausschnitte aus diesem und anderen Filmen werden im Kino, zum Abschluss der Ausstellung, gezeigt. Die Ausstellung, die etwa 700 Exponate präsentiert, wäre ohne die großzügige Unterstützung durch die Kooperationspartner in Krakau, insbesondere das Museum der Jagiellonen-Universität sowie das Archiv der Jagiellonen Universität, in der Form nicht realisierbar gewesen. Stellvertretend für alle Beteiligten seien hier nur Prof. Dr. Rydel und Prof. Dr. Stopka aus Krakau, sowie Dr. Petr Koura aus Prag genannt. Das Ausstellungsprojekt wurde finanziell durch Zuwendungen des Bundesbeauftragten für Kultur und Medien, der Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft, der deutsch-polnischen Wissenschaftsstiftung sowie des deutsch-tschechischen Zukunftsfonds unterstützt und ermöglicht.

**Agnes Ohm** ist Angestellte in der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen und hat an der Erarbeitung der Ausstellung mitgearbeitet.

- 1 Vgl. dazu v.a. Klaus-Michael Mallmann/Jochen Böhler/Jürgen Matthäus, Einsatzgruppen in Polen. Darstellung und Dokumentation, Darmstadt 2008.
- 2 Aus dem Protokoll einer von Werner Best geleiteten Amtschefbesprechung in Berlin am 7.9.1939, zitiert nach Klaus-Michael Mallmann/Jochen Böhler/Jürgen Matthäus, Einsatzgruppen in Polen. Darstellung und Dokumentation, Darmstadt 2008, S. 57.
- 3 Völkischer Beobachter v. 12.2.1940, zitiert nach: Deutsche Politik in Polen: 1939–1945; aus d. Diensttagebuch von Hans Frank, Generalgouverneur in Polen/hrsg. von Imanuel Geiss u. Wolfgang Jacobmeyer, Opladen 1980, S. 38
- 4 Vgl. dazu: Detlef Brandes, Die Tschechen unter deutschem Protektorat, 1969; Zuzana Mosnáková, Tschechische Häftlinge im Konzentrationslager Dachau, München 2003 ( Veröffentlicht im Internet unter [www.hagalil.com](http://www.hagalil.com)).
- 5 Wladyslaw Konopczynski, zitiert nach Frauke Kerstens, Die »Sonderaktion Krakau« 1939–1941, Internet Publikation, 2001
- 6 Leon Szalet, ein jüdischer Häftling aus der Gruppe der Anfang September 1939 in Berlin verhafteten polnischen Juden, beschreibt in dem 1940 nach seiner Emigration in die USA verfassten Bericht die qualvollen letzten Wochen des zunehmend geschwächten Leon Sternbach und die Umstände seines Todes, vgl. dazu »Baracke 38. 237 Tage in den »Judenblocks«, Überlebenszeugnisse Bd. 3, hrsg. von der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Berlin 2006
- 7 Vgl. dazu Waclaw Dlugoborski, Die deutsche Besatzungspolitik gegenüber Polen, in: Karl-Dietrich Bracher u.a. (Hg.), Nationalsozialistische Diktatur 1933–1945. Eine Bilanz, Bonn 1986, S. 581; Wolfgang Dierker, Himmlers Glaubenskrieger. Der Sicherheitsdienst der SS und seine Religionspolitik, Paderborn 2002; M. Broszat, Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–45, Frankfurt am Main 1965.
- 8 Vgl. dazu und zu den weiteren Angaben Ursula Pruß, Die Katholischen Geistlichen im KZ Sachsenhausen, in: Priester im KZ Sachsenhausen. Der Gedenkstein für die inhaftierten katholischen Geistlichen, Hg. Erzbischöfliches Ordinariat Berlin/Arbeitsstelle für Zeitgeschichte, Berlin, 2007. Die Einweihung des Gedenksteins fand am 4. November 2006 statt. In der Broschüre sind alle bis heute bekannten Priester, darunter auch die 630 polnischen, aufgelistet.
- 9 Wojdiech Gajdus, Nr 20998 Opowiadania, S. 266
- 10 Alois Knecht, Lebenswege, Eine Historie 1917–1945, MS, Archiv der Diözese Feldkirch, II. Teil, S. 50f.
- 11 Alois Knecht: Lebenswege, Eine Historie 1917–1945, MS, Archiv der Diözese Feldkirch, II. Teil, S. 50f.
- 12 Bohdan Rossa, in Svědectví von František Buriánek, Mladá fronta, 1984 (Übersetzung Anka Milarch, Oranienburg).

# »Gedanken bleiben frei«

TOMI UNGERER-AUSSTELLUNG IN DER GEDENKSTÄTTE KZ OSTHOFEN

*Uwe Bader und Marco Hörnig*

Am 10. Mai 1940 begann ein neues Kapitel im Zweiten Weltkrieg: die deutsche Wehrmacht drang in die Niederlande, nach Belgien, Luxemburg und Frankreich ein. Nach einer überraschend schnellen Unterwerfung der französischen Armeen innerhalb nur weniger Wochen wurden die westlichen Nachbarländer zum größten Teil besetzt. Nach dem Waffenstillstand im Wald von Compiègne am 22. Juni 1940 wurden die Kämpfe eingestellt. Das »Dritte Reich« annektierte de facto das Elsass, Lothringen und Luxemburg, da die NS-Diktatur diese Länder entsprechend ihrer Ideologie als urdeutsche Gebiete betrachtete. An diesen 70. Jahrestag des deutschen Einfalls in die westlichen Nachbarländer erinnert die Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz mit einer historischen und vor allem künstlerischen Ausstellung: Am 10. Mai 2010 wurde die Ausstellung »Gedanken bleiben frei« mit dem elsässischen Künstler Tomi Ungerer in der Gedenkstätte KZ Osthofen eröffnet. Sie wird noch bis zum 8. August in der rheinland-pfälzischen Gedenkstätte bei Worms gezeigt.

Die Ausstellung, in der zahlreiche Dokumente und Objekte des Grafikers, Zeichners und Buchautors gezeigt werden, stellt Tomi Ungerer – Jahrgang 1931 – als scharf beobachtenden, jungen Zeitzeugen in den Vordergrund. Besonderen Raum gibt sie auch seiner satirisch-kritischen Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur, die er schon als Schüler in zahlreichen Zeichnungen und Tagebucheinträgen betrieb. Als Kind erlebte Tomi Ungerer mit seiner Familie die Okkupation seiner Heimat hautnah, zunächst durch deutsche Truppen und dann durch die nachrückende »Zivilverwaltung«. Er beobachtete sehr genau, welche verheerenden Auswirkungen der von Deutschland ausgehende Krieg und die von den Nationalsozialisten propagierte Ideologie hatten. Ungerer, dessen künstlerisches Talent von seiner Familie früh gefördert wurde, hielt zu Hause im Verborgenen seine Erlebnisse, Beobachtungen und Eindrücke in zahlreichen Zeichnungen fest, die deutlich machen, was ein Kind in der Region Colmar von den schrecklichen Ereignissen von Diktatur und Weltkrieg mitbekam. So entstanden Dokumente, deren Authentizität heute noch beeindruckt. Beispielsweise zeichnete der junge Tomi einen Abtransport von »Volksschädlingen« in das »Sicherungslager« Schirmeck, in das vorzugsweise Elsässer, die sich der Germanisierungspolitik widersetzen, unter KZ-ähnlichen Bedingungen inhaftiert wurden.

Seine in der Jugend gemachten Erfahrungen haben Tomi Ungerer nach 1945 dazu bewogen, eine sehr umfangreiche Sammlung mit Dokumenten und Gegenständen des Alltags, der Nazi-Propaganda und der von den Alliierten während des Zweiten Weltkrieges entwickelten Antipropaganda anzulegen und sich während seines ganzen Lebens mit diesem Thema zu befassen. Ungerer hat über sich selbst geschrieben: »Ich bin ein Produkt dieser Zeit.« Bis in die Gegenwart engagiert sich der Künstler für Frieden und Völkerverständigung, insbesondere für die deutsch-französische Freundschaft.

Im Fokus der Ausstellung steht die Zeit der deutschen Besatzung des Elsass aus der Perspektive des jungen Tomi Ungerer. Es werden zahlreiche Dokumente und Gegenstände der NS-Propaganda und der von den alliierten entwickelten Antipropaganda

gezeigt, die später Einfluss auf das künstlerische Schaffen Tomi Ungerers hatten. Dieses Anliegen spiegelt sich auch im Ausstellungsdesign wider, das vom Architekturbüro Schwarz-Düser / Düser aus Karlsruhe entwickelt wurde. Neben den Dokumenten aus der Kriegszeit widmet sich die Ausstellung auch der Auseinandersetzung des Künstlers mit Krieg und Holocaust in späteren Jahren. So wird das Kinderbuch »Otto« präsentiert, eine kindgerechte Auseinandersetzung in Form einer Biographie des Teddybären Otto. Darüber hinaus sind neue Collagen des Künstlers zum Thema Nationalsozialismus zu sehen, die er speziell für diese Ausstellung angefertigt hat.

Realisiert wurde das Ausstellungsprojekt vom NS-Dokumentationszentrum Rheinland-Pfalz in Osthofen mit Mitteln der Landeszentrale für politische Bildung, des Kultursommers Rheinland-Pfalz und des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur. Die Exponate stammen vor allem aus den Archives Départementales du Bas-Rhin unter der Regie des Conseil Général du Bas-Rhin und aus dem Musée Tomi Ungerer – Centre International de l'illustration der Stadt Strasbourg. Mit beiden Einrichtungen gab es eine intensive grenzüberschreitende Kooperation für dieses Projekt der Gedenkarbeit. Mit der Hochschule Rhein-Main Wiesbaden wurde ein 192 Seiten umfassender Ausstellungskatalog mit einem Team unter Leitung von Prof. Guido Ludes erarbeitet, der bereits mehrfach mediale Gedenkprojekte in Osthofen und Hinzert mit der Landeszentrale für politische Bildung realisiert hat.

Die Ausstellung findet im Rahmen des diesjährigen rheinland-pfälzischen Kultursommers unter dem Motto »Über Grenzen...« statt. Sie will einen Beitrag zur grenzüberschreitenden Gedenkarbeit leisten. Im Sinne Tomi Ungerers sollen auch in Zukunft die Gedanken frei bleiben.

Nähere Informationen zum Programm:  
NS-Dokumentationszentrum Rheinland-Pfalz  
Gedenkstätte KZ Osthofen  
Ziegelhüttenweg 38, 67574 Osthofen  
info@ns-dokuzentrum-rlp.de  
info@gedanken-bleiben-frei-in-osthofen.de  
oder telefonisch unter 06242 910810  
www.ungerer-osthofen.eu

Führungen werden für Besuchergruppen ab 20 Personen angeboten. Bei Besuchergruppen wird um vorherige Anmeldung mit verbindlicher Terminabstimmung gebeten.

Uwe Bader leitet das Referat für Gedenkarbeit der Landeszentrale für politische Bildung und ist Leiter der Gedenkstätte KZ Osthofen.

Marco Hörnig studierte Deutsch und Geschichte und arbeitet als freier Mitarbeiter in der Gedenkstätte KZ Osthofen.



Tomi Ungerer bei seiner Rede während der Vernissage.  
Foto: Albrecht Gill